

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Schalter-Office geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Preis“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, Fr. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, eine Bringerlei. — Vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausserhalb des Reichsgebietes. — Bezugs-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Anzeiger“, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die Buchhandlung „Wiesbadener Anzeiger“ in den benachbarten Ländern und im Ausland die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für lokale Kleinanzeigen; 2 Pfg. für auswärtige Kleinanzeigen. — Ganze, halbe, dritte und vierte Zeilen, nach dem Inhalt, nach dem Inhalt, nach dem Inhalt. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen erheblicher Rabatt.

Wiesbadener Anzeiger: Für die Morgen-Ausgabe bis 10 Uhr mittags; für die Abend-Ausgabe bis 8 Uhr abends. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Samstag, 21. März 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 135. - 62. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Kopps Nachfolger.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Die Frage, wer der Nachfolger des verstorbenen Kardinals Kopp werden wird, wird bereits erörtert. Der erste Name, der genannt wurde, ist der des Bischofs Dr. Schulte in Waderborn, des Antipoden Kopps im Streit zwischen paritätischen Gewerksvereinen und rein katholischen Arbeiterorganisationen. Sein Hervortreten bei dieser Gelegenheit hat stark die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt. Aber in den für den jungen Waderborner Bischof bezeichnenden Anschauungen ist dies doch nur ein Nebenpunkt. Wichtiger ist folgendes. Bischof Dr. Schulte steht auf dem Boden des modernen Staates und der modernen Gesellschaft. Er will die Entwicklung nicht zurückschrauben, sondern der Kirche unter den Zeitverhältnissen ihren Einfluss sichern, ihre Wirkungsmöglichkeiten erhalten und erweitern. Damit steht er bei Integritäten stark an; aber das schadet kaum. Hiernach wäre Dr. Schulte ein recht passender Kandidat; jedoch heißt es, daß er keine Aussicht habe. In der Tat sind schon seine verhältnismäßige Jugendlichkeit und die Kürze seiner bisherigen bischöflichen Tätigkeit Umstände, die es auffällig erscheinen lassen würden, wenn auf ihn die Wahl zum Fürstbischof von Breslau fiel. Die stärkste Anwartschaft hat vielmehr, wie man annimmt, Bischof Vertram in Hildesheim. Auch er ist bei der Regierung ausgezeichnet angefahren, dagegen bei den Streitigkeiten zwischen Gewerksvereinen und Fachabteilungen sowie zwischen Klerikern und Integritäten nicht hervorgetreten. Wenn noch andere Namen genannt werden, so ist dies ganz willkürlich. Die Zahl der in Betracht kommenden ist eben klein, weil der Kreis sich auf die deutschen Bischöfe beschränkt.

Wir und England.

Die deutsch-englischen Verhandlungen mögen verlaufen, wie sie wollen (vielleicht verlaufen sie gut), jedenfalls aber lassen die englischen Ministerreden nichts, auch nicht das geringste davon merken, daß die Gruppierung der Mächte und die Stellung Großbritanniens zu uns irgend wie durch diese Verhandlungen beeinflusst werde. Auch die neueste Programmrede des Sir Edward Grey ist vom ersten bis zum letzten Wort auf die Tatsache eingestellt, daß es einen Dreieund und daneben einen Dreieund gibt, zu dem England gehört und dem es bis heute unbedingt treu bleiben wird. Wie sehr wir uns vor trügerischen Hoffnungen in dieser Hinsicht zu hüten haben, dafür sollte uns schon das Verhalten unserer Gegner in Ost und West bestimmend sein. Man hat bis heute noch keinen Ton des Zweifels an der englischen Zuverlässigkeit aus Paris oder Petersburg vernommen. Das aber wäre sicher geschehen, wenn ein Grund dazu vorläge. Wie gesagt, es kann ja mit unseren Auseinandersetzungen, die wir seit langer Zeit, seit auffallend langer Zeit, mit London haben, schließlich noch ganz vortrefflich gehen, nur dürfen wir, wenn wir die Gegenwart betrachten, die Wirklichkeit nicht verschließen, und diese Wirklichkeit ist, daß England offenbar seinen Vorteil in dem engen Verhältnis mit Paris und Petersburg findet. An diesem Urteil ändert sich auch nichts Wesentliches durch die Erklärung Sir Edward Greys, daß England seine Stellung nicht durchaus von starken und festen Bündnissen abhängig machen sollte, die dem Reiche starke und feste Verpflichtungen auferlegen und ihm seine Stärke in solchem Maße nehmen

würden, daß es in Lebensfragen von der Unterstützung anderer Mächte abhängt. Sir Edward Grey sagt damit nur, was die Welt längst weiß, nämlich, daß ein formelles Bündnis mit den Ententegegnern nicht besteht. England wagt sich die Freiheit seiner Handlungsweise, es macht sich damit den Ententegegnern erst recht losbar und wertvoll, es benutzt diese Freiheit auch, wie namentlich wir vom deutschen Standpunkt aus anzuerkennen haben, häufig genug im Sinne einer nützlichen Vermittlung zwischen den beiden Mächtegruppen, aber von alledem bis zu einer Annäherung an uns ist der Weg doch unendlich weit.

Rumänisches und Weiteres.

Den österreichischen Politikern kann man jedenfalls nicht vorwerfen, daß sie das veränderte Verhältnis ihres Staates zu Rumänien auf die leichte Achsel nehmen. Wir haben uns, gestützt auf die Ansichten namhafter politischer Persönlichkeiten, vor einigen Tagen hier über die Verschiebungen der Lage an der unteren Donau geäußert, und wir können jetzt eine Ergänzung zu diesen Ausführungen geben, die ein besonderes Interesse beanspruchen darf. Durch die Freundlichkeit von Professor Dr. Ludwig Stein, den Herausgeber der Monatschrift „Nord und Süd“, sind wir instandgesetzt worden, eine bedeutsame Veröffentlichung, die das Aprilheft enthalten wird, schon jetzt kennen zu lernen und einiges davon mitzuteilen. Der Verfasser nennt sich „Austriacus“; er nimmt, wie wir hören, innerhalb der österreichischen Welt eine hervorragende Stellung ein, und er zeigt auch in mehr als einer Ausführung, daß er mit den politischen Gegebenheiten, too Wind und Wetter gemacht werden, wohlvertraut ist. Der Verfasser bemüht sich selbstverständlich ungemein, Rumänien davon zu überzeugen, wie sehr es seinen Lebensinteressen schaden würde, wenn es den russischen Lockungen nachgeben wollte. Die einzige nützliche Politik für Rumänien sei und bleibe die Anlehnung an den Dreieund, zugleich aber eine weitgehende Verständigung mit Bulgarien und der Türkei. „Alle Welt weiß“, so schreibt „Austriacus“, daß Rumänien die Verfügung über die Meerengen in die Hand bekommen will. Gelingt ihm dies, so werden russische Kriegsschiffe jederzeit an Konstantinopel vorbeifahren und fremden Kriegsschiffen, die etwa zu Hilfe eilen wollten, den Weg versperrt können. Rumänien aber wäre, wenn es mit Rumänien in Konflikt geriete, im Schwarzen Meer rettungslos eingeschlossen; mit anderen Worten: wenn Rumänien die Durchfahrt zu beherrschen vermag, sind die Türkei, Bulgarien und Rumänien ihm ausgeliefert.“ Das ist gewiß richtig, wie es ferner auch richtig ist, wenn „Austriacus“ den Rumänen zuruft, sie bräuchten russische Drohungen nicht zu fürchten, das Verhältnis zu Österreich-Ungarn viele ihnen seit Jahrzehnten einen festen Rückhalt, und so lange Rumänien diesen Schutz genieße, brauche es nicht zu befürchten, daß es vielleicht wieder als Durchzugsland für russische Truppen werden müsse. Wie gesagt, das trifft durchaus zu, wie denn „Austriacus“ mit allen seinen Darlegungen, Warnungen, Ermahnungen und Beschreibungen in jedem Punkte im Rechte ist. Aber das Mächtige an der Sache bleibt es, daß es neben dem österreichisch-ungarischen auch einen russischen Standpunkt gibt, von dem aus die Dinge naturgemäß anders aussehen, und daß es der russischen Diplomatie offenbar gelungen ist, den maßgebenden bulgarischen Persönlichkeiten diesen anderen Anblick in verlockender Farbigkeit so zu zeigen, daß die Folge ein bedenkliches Schwanken der rumänischen Entschlüsse geworden ist. Vielleicht ist das sogar noch eine zu günstige Auslegung, vielleicht schwankt Rumänien gar nicht mehr, sondern hat bereits eine Wahl

getroffen, mit der man in Wien nichts weniger als zufrieden sein müßte. Indessen soll man sich auch vor übertriebenem Pessimismus hüten, und das kann in diesem Falle leichter geschehen, weil „Austriacus“, abweichend von den sonstigen Wiener Stimmungen, eher einen optimistischen und jedenfalls einen vertrauensverweckenden sichereren Grundzug aufweist. Sein umfangreicher Aufsatz, auf den wir hier nur andeutend hinweisen konnten, wird sich, sobald er erschienen ist, auch Beachtung zu verschaffen wissen.

Deutsches Reich.

* Ein Verband der deutschen Stellenvermittler ist gegründet worden, dem sofort sämtliche 19 Stellenvermittler-Bereinigungen im Deutschen Reich und mehrere hundert Einzelmitglieder beigetreten sind. Der Verband hat seinen Sitz in Berlin (Eichendorffstraße 7) und ist in das gerichtliche Vereinsregister eingetragen. Er begreift den Schutz und die Förderung der Rechte der Stellenvermittler sowie die Wahrung der gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder.

* Zur Durchführung der Fleischbeschau. In letzter Zeit sind wiederholt Fleischvergiftungen vorgekommen, bei denen Zweifel an der ordnungsmäßigen Durchführung der Fleischbeschau hervorgerufen sind. In einem ministeriellen Rundschreiben wird infolgedessen darauf hingewiesen, daß die mit der Beaufichtigung der Fleischbeschau betrauten Beamten von der Feststellung einer Fleischvergiftung oder des Verdachtes einer solchen alsbald Kenntnis erhalten müßten, damit sie möglichst schnell weitere Ermittlungen über die Art der Ausübung der Beschau im einzelnen Falle anstellen könnten. Die entsprechenden Anweisungen sind demgemäß ergangen.

Parlamentarisches.

Der Wohnungsgesetzentwurf. Die 11. Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Wohnungsgesetzentwurfs nahm einstimmig einen Antrag des Zentrums an, den Vereinen und Korporationen, welche die Gewähr für eine ordnungsmäßige Verwaltung bieten, Darlehen zur Errichtung von Wohnheimen zu gewähren.

Deutsche Schutzgebiete.

Ein scharfer afrikanischer Protest gegen den Abgeordneten Erzberger. Der „Wirtschaftliche Verband der Nordbezirke“ (Sitz Tanga) gibt seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß das Forum des Reichstags die Stille abgab, von der aus ein deutscher Reichsbote gegen deutsche Männer in deutschen Kolonien schwere Beschuldigungen erheben dürfte. Er bedauert, daß er keine geschäftliche Handhabung hat, um gegen die Verbreiter derartiger beleidigenden Anschuldigungen, die unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität erhoben werden und die in ihrer Verallgemeinerung durchaus unbegründet sind, vorzugehen. Er erwartet von der Lokalität des Reichstagsabgeordneten Erzberger, daß er nach der Erhebung des schweren Vorwurfs, die Eingeborenen würden systematisch betrogen, namentlich auch mit Namen hervortritt, damit eine Verurteilung der Schuldigen erfolgen kann. Falls dieser billigen Forderung nicht entsprochen wird, sind seine Behauptungen als frivole Verleumdungen zurückzuweisen.

Heer und Flotte.

Schiffsbewegungen. Eingetroffen: S. M. S. „Gansa“ am 17. März in Kiel, S. M. S. „Geier“ am 17. März in Tanga, S. M. S. „Katharinenboot“ Tlingtau am 17. März in Samtui, S. M. S. „Tiger“ am 18. März in Schanabal.

Die Kunst, jung zu bleiben.

Von Dr. Hans Wanth.

„Ja, dazu, mein Lieber“, sagen die Leute, „bin ich nun allerdings zu alt.“ Mit einem recht überlegenen Lächeln sagen sie es, Männer von 40, von 35 und auch solche von 30 Jahren, wenn man ihnen eine Gebirgskurve, 2000 Meter steil bergan vorschlägt, oder den Rat, eine jung durchstollte Nacht. Das nämlich ist ihre glatt abtunende Antwort bei dem Rat, den Mechanismus ihres Berufes, der nicht recht vom Fleck geht, der ihnen über ist, mit entschlossenem Handgriff in andere Bahnen zu drängen. Und wiederum dasselbe trägt sich verschlingende Wort, so oft ihnen der Wunsch sich regt, eine neue nützliche Sprache zu lernen, zu ihrem Ergötzen ein unbekanntes Musikinstrument zu spielen oder sonst eine Bereicherung in ihr Leben zu bringen, zu deren Gewinn sie ihre bequemen Kräfte elastisch anspannen müßten. Immer springt dann dieses Wort mit der trägen Mächtigkeitsglocke auf: „Ich bin zu alt dazu.“ Ein kleines, schüchternes Lächeln voll müder Melancholien dringt dabei in ihr Gesicht. Sie scheuen zurück. Sie haben den Mut nicht zu erneuernder Arbeit. Denn dies ist ihre panische Angst — man merkt es deutlich an ihren Zügen, die verlegen und hilflos auseinanderfallen — dies nämlich: sie fürchten, sich zu blamieren, sie sehen sich in fortgeschrittenem Alter als kleine Vuben, die vor dem Sprachprofessor, dem Musiklehrer, dem Meister Leben nicht bestehen und sie prallen zurück vor einem törichten Mächtigkeits. So gering, so winzig klein ist ihr Zutreten in die eigene Gegenwart, in ihr Gesicht und besonders in ihre Annuit. Gang

versteht denken sie sich, Männer von 40, von 35 und selbst von 30 Jahren, die noch laufend Möglichkeiten und das unendliche Vorwärtstreiben des Jungseins vor sich haben.

Kleine Mädchen, Mädchen von heute, machen aus dem Wort eine reizende Koketterie: „Wie wäre es, meine Damen, wenn wir einmal diese Blöße herantreten: wer zuerst ankommt?“ „Aber Herr Doktor, was Sie für komische Einfälle haben, dazu sind wir ja doch schon ein wenig zu alt.“ Und sogar die kleine Trudi sagte es jüngst aus der niedrigen beugten Hülle ihrer zehn Jahre, als wir vor einem wunderschönen Ringelspiel standen. Da kam sie aber schon an, „Gut, Trudi“, sagte ich, „dann fasse ich eben allein.“ Aber knapp vor dem Schaller, der den Zutritt zu der schwindeligen Seligkeit freisunder Bewegung erschließt, klappte mich jemand am Kopf: „Ach, Herr Doktor, vielleicht könnte ich doch mit.“ Und dann war es so wunderbar schön, so über die Mähen und heraufschend lustig, daß mich Trudi zehn Schritte vom Ausgang ganz von selber auf ein zweites Karussell aufmerksam machte: hier könnte man es vielleicht auch versuchen.

Trudi nämlich ist ein wunderbar unphilosophisches Stück. Lebendigkeit. Die tut und überläßt anderen die Strapaze, sich Gedanken zu machen. Sie glaubt sich in diesem Augenblick zu alt und findet sich im nächsten durch den Gegenbeweis der Handlung damit ab, daß sie es nicht ist. Trudi aber dünkte mich weit über ihre Jahre und weit hinaus über die Enghheit ihrer persönlichen Existenz, wie ein Symbol all der Vergapten, wie ein Ausdruck für alle diese ängstlichen, trägen und törichten Menschen, die allen „Ich möchte gern“ und „Vielleicht bekäme es mir“, die all ihren jung aufsprühenden Wünschen mit dem einen greifenhaft verhärteten Wort den Kopf abschlagen. Diese Menschen haben eine wahnsinnige Angst vor dem Sterben. Sie sagen „das Zeitliche segnen“,

sie sagen „Heimfinden“ und haben eine heilige Scheu vor dem resoluten Wort Tod, als würde sein Klang ihn selbst beschwören. Aber mitten in der saftigen Vollkraft ihrer Lebendigkeit verpacken sie sich ängstlich in das Bestehende, trauen sich nicht um Haarsbreite aus ihm heraus, als hätte der Tod für morgen, längstens übermorgen seinen selbsttätigen Versuch angefangen, als stünde es wirklich nicht mehr dafür. Mitten in Kraft und Kraft vergessen sie, daß es immer noch Zeit und daß in jeder Minute Rhodus ist. Aber die Angst, die heillose Angst vor dem Ende! Die rückt dem Menschen mitwerts hart an den Leib. Und mit trefflicher Ironie wandelt sich die Angst vor dem Tode in eine lähmende, feilklammernde Furcht vor dem Leben.

Ganz auf den Gedanken „Unwiderstehlich“ und „Ein für allemal“ ist es erbaut. Mit 24, mit 18, mit 14 Jahren legt sich der Mensch fest, wenn der kleine Wub in die Lateinschule kommt, wenn er seine Kollegen auf der Universität belegt oder auch schon als winziger Kant, wenn er zu irgend einem Meister in die Lehre geht. Man heißt das in Österreich „Besähigungsnahe“. Draußen aber, über dem großen Wasser, versucht sich der Zahntechniker von heute morgen an einem Brückenbau, und der bankrotte Schuhwarenfabrikant etabliert über eine Woche eine Nisteneckerei. Das Mächtigkeits an einem Ort bedeutet ihnen nur den Ausposten zu neuem Boden. Offiziere fangen dort als Schuhputzer an, und Schuhputzer enden als Multimillionäre. Und aus der wirbeligen, atomlos sich betreibenden Tausendundeinen Nacht des Versuchens und Mächtigens, Wiederbeginns und endlicher Erfüllung regt wunderbar leuchtend ein Leben, das als Sinnbild und Symbol unvergäppter Jugendlichkeit erscheint. Schlank steht sein Zeichen auf allen Dächern unserer Häuser, ein harter Wegweiser empor. Dieses Leben nämlich hieß

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Der ungarische Staatshaushalt. Budapest, 20. März. Der Finanzminister Teleky unterbreitete dem Abgeordnetenhaus den Voranschlag des Staatshaushalts für 1914/15. Danach betragen die ordentlichen Ausgaben rund 1887 Millionen Kronen, die Einnahmen 1953 Millionen Kronen. Im Extraordinarium betragen die Ausgaben 895,3 Millionen, die Einnahmen 210,5 Millionen Kronen. Bei den gemeinsamen Ausgaben trat eine besondere Erhöhung hauptsächlich durch die Ausgaben für die Armee in Höhe von 55 Millionen ein, für die Staatsschuld 37 Millionen, für die Zwecke des Handelsministeriums, hauptsächlich für die Staatsbahnen, 84,9 Millionen, für das Unterrichtsministerium 18 Millionen. Die höheren Einnahmen sind präliminiert bei den direkten Steuern in Höhe von 42,3 Millionen, den Verzehrssteuern in Höhe von 30,6 Millionen, bei der Stempelsteuer 5,6 Millionen, bei dem Tabakmonopol 3,8 Millionen, Staatsbahnwerke 11,5 Millionen, bei den Staatsbahnen 15 Millionen und Staatsforsten 2,7 Millionen Kronen.

Frankreich.

Widerpenstige Gesteckungspflichtige. Paris, 20. März. In Revers wurden fünf Gesteckungspflichtige verhaftet, die in einem Hater durch die Stadt fuhren und beim Anblick eines Offiziers schrien: „Nieder mit den drei Jahren, nieder mit der Armee!“

England.

Ein Streik der Fuhrleute in Manchester. Manchester, 20. März. Der Fuhrleuteverband beschloß gestern, in den Streik zu treten. In Frage kommen 1000 Mann. Sie fordern eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2 Sch.

Australiens eigene Flottenpolitik. London, 20. März. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Sydney vom 19. März aus bester Quelle, daß die australische Bundesregierung wohl unter keinen Umständen darauf eingehen werde, daß der Schlachtkreuzer „Australia“ dauernd in den englischen Gewässern bleibe, wie Churchill nach seiner Rede anzunehmen scheint, denn es würde eine vollständige Umkehrung der australischen Flottenpolitik und die Aufgabe des ganzen Prinzips einer eigenen Flottenpolitik bedeuten.

Rußland.

Ein wichtiges Reskript des Zaren. Petersburg, 20. März. Ein kaiserliches Reskript an den Ministerpräsidenten spricht die Überzeugung aus, daß seine staatsmännische Erfahrung, seine ruhige Festigkeit und seine dem Throne gegenüber erprobte Treue zur wahrhaften Einigung der Regierung sowie zur weiteren Verbesserung in den Verhältnissen des russischen Lebens führen werden. Die weitere Festigung der Staats- und Gesellschaftsordnung muß die allererste Sorge der Regierung bilden. Nur Ordnung und Achtung vor dem Gesetz können die Bedingungen schaffen, unter denen die geschäftliche Arbeit fruchtbringend sein wird. Die Regierung sowie die gesetzgebenden Institutionen müssen als einziges Ziel das Wohl Rußlands im Auge haben. Da jedoch die Ausführung der vom Kaiser aufgestellten Aufgaben von ihren Vollstreckern ein festes Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit vor dem Throne und vor Rußland verlangt und weder Willkür noch Nachgiebigkeit zugunsten irgendwelcher Nebenmotive zuläßt, so erwartet der Kaiser von dem Ministerpräsidenten, daß dieser unablässig im Auge behalte, daß das große Bildnis des russischen Staates nicht durch persönliche Erwägungen verdunkelt werde und daß das Wohl des Volkes mit seinen Überlieferungen und historischen Grundfesten, auf denen Rußland wuchs und erstarkte, völlig fremden und grundlosen Bestrebungen nicht zum Opfer gebracht werde. Das Reskript schließt mit den Worten: „Indem ich Ihrer Sorge die Ausführung meiner Vorschriften anvertraue, will ich hoffen, daß die Liebe zum Vaterland alle seine treuen Söhne in gemeinsame, einmütige und erfolgreiche Arbeit vereinigen wird und daß zwischen meiner mein volles Vertrauen bestehenden Regierung und den gesetzgebenden Institutionen, deren Befugnisse vom Gesetz genau festgelegt sind, ein solches Einvernehmen eintritt, wie es zum allgemeinen Wohle Rußlands und zur gegenwärtig notwendigen ist und wie es mit Gottes Hilfe das weitere Wachstum der russischen Macht fördern wird und das Unterpfand der Evolution der moralischen und wirtschaftlichen Kräfte unseres großen Vaterlandes und den Anfang der vollen Blüte seiner Weltbedeutung bilden wird.“

Die Poljakow-Affäre. Petersburg, 20. März. Die hiesige Presse polemisiert in der schärfsten Weise in der Poljakow-Affäre, obwohl nur der Bericht des Verhafteten vorliegt, demzufolge die Kölner Poli-

zei den Verhafteten vier Tage nicht verhörte und die Absendung eines Telegramms an die russische Botschaft verhinderte. Rasche Aufklärung des Falles und Beschleunigung des Verfahrens ist dringend am Platze, da bei der Bestimmung der öffentlichen Meinung in Rußland gegen Deutschland eine Verzögerung eine bedenkliche und in ihren Folgen unvorstellbare Gefahr nach sich haben kann.

Balkanstaaten.

Der epirische Aufstand. Paris, 19. März. Der als Nachfolger von Bograthos zum Gouverneur von Epirus ernannte Joretis erklärte dem Athener Berichterstatter eines hiesigen Blattes, es sei seiner Ansicht nach unerlässlich, daß die Großmächte die griechischen Vorschläge möglichst rasch beantworten. Die bewaffneten Epiroten bildeten bereits eine in jeder Hinsicht gefährliche Streitmacht. Die Zeit dränge, und selbst wenn der österreichisch-italienische Schritt eine diplomatische Unkorrektheit darstelle, müßten die Tripelentente die eigenen Interessen zum Schweigen bringen. Die ausländische Bewegung würde aufhören, sobald der epirische Bevölkerung wirkliche Bürgschaften geboten werden; aber diese Bürgschaften könnten nicht von der albanischen Regierung gegeben werden, welche vielleicht unfähig wäre, dieselben aufrecht zu erhalten.

Türkei.

Das angebliche russisch-deutsche Militärabkommen. Paris, 20. März. Der „Temps“ läßt sich aus Petersburg weiter melden, daß die „Kowaja Wremja“ ein neues Interview mit einem russischen Staatsmann zur Veröffentlichung bringt, das gewissermaßen das zweite Kapitel des vorgestern erschienenen Artikels darstellt. Dieser neue Gewährsmann erachtet die Aufteilung Österreich-Ungarns als eine nicht so einfache Angelegenheit, wie sein Vorgänger. Dagegen stimmt er mit ihm hinsichtlich einer kontinentalen Militär-Entente zwischen Frankreich, Deutschland und Rußland überein, obwohl er die Schwierigkeit einer solchen mit Rücksicht auf das Vorhandensein der Tripelentente nicht verkennt. Das russische Blatt gibt auch diesmal den Namen seines Gewährsmannes nicht an. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß es sich dabei um den Grafen Witte selbst handelt, der einem Mitarbeiter des „Ratier“ erklärt haben soll, daß das Interview nicht von ihm herrühre, daß er jedoch mit gewissen Stellen des Artikels völlig einverstanden sei und eine Militärkonvention zwischen Frankreich, Deutschland und Rußland als die beste Lösung zur Aufrechterhaltung des Friedens ansehe.

Vereinigte Staaten.

Der Senat und das Frauenstimmrecht. R. Washington, 20. März. Der Senat hat gestern ein Amendement zur Verfassungsurkunde, den Frauen das Stimmrecht zu gewähren, abgelehnt. Es stimmten 35 Abgeordnete für und 34 gegen das Amendement. Zur Annahme war aber eine Zweidrittelmehrheit notwendig.

Südamerika.

Die Vorbereitungen zum Empfang des Prinzen Heinrich in Argentinien. Buenos Aires, 20. März. Das Prinzenpaar Heinrich von Preußen trifft am 20. März am Bord des Dampfers „Kap Trafalgar“ hier ein. Am 20. März stattet der Prinz dem Vizepräsidenten de la Plaza einen Besuch ab, der am gleichen Tage zu Ehren des Prinzen am Bord des Kreuzers „Buenos Aires“ ein Bankett gibt. Die Abreise des Prinzenpaares nach Chile ist auf den 31. März festgesetzt. Die Regierung stellt einen Sonderzug zur Verfügung. Die Rückkehr nach Buenos Aires ist am 7. April geplant. Die deutsche Kolonie bereitet größere Festlichkeiten vor.

China.

Revolutionäre innerhalb der Regierung. Peking, 20. März. In der Kasselei des Präsidenten und der des Kabinetts sind einige Beamte entdeckt worden, die zu den Revolutionären Beziehungen unterhalten haben. Mehrere von ihnen wurden verhaftet.

Südafrika.

Die Neugestaltung der Parteiverhältnisse. Kapstadt, 20. März. Man nimmt nicht an, daß die Arbeiterpartei bei den Wahlen zum Transvaalprovinzialparlament in den noch ausstehenden 20 Wahlkreisen weitere Gewinne erzielen werde. Nach der automatischen Neueinteilung der Wahlkreise, welche die südafrikanische Karte vorliegt, erhält das neue Parlament neun Sitze mehr als das soeben aufgelöste, also im ganzen 45. Während die Arbeiterpartei im alten Parlament nur 3 Abgeordnete gegen 20 der südafrikanischen Partei, 12 Unionisten und einen Unabhängigen hatte, wird sie jetzt 23 Abgeordnete zählen gegen 22 der übrigen Parteien zusammen.

Deutscher Handelstag.

II.

sh. Berlin, 19. März.

Den Vorsitz in den Verhandlungen des heutigen zweiten Sitzungstages des Deutschen Handelstages führte Geheimrat Kommerzienrat Vogel (Chemnitz), der sofort nach Eröffnung der Sitzung dem Referenten Schmersahl (Hamburg) das Wort zur Begründung der vom Ausschuss des Deutschen Handelstages zur Frage der

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe

vorgelegten Erklärung erteilte. Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut: „Der Deutsche Handelstag erkennt den vom Bundesrat beschlossenen und dem Reichstag am 8. November 1913 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, betreffend Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, als geeignete Grundlage für eine Neuregelung an und spricht sich insbesondere dafür aus, daß 1. das Gesetz keine verschiedene Regelung für Orte mit verschiedener Einwohnerzahl treffe. Im Gegensatz zu dem Gesetzentwurf erstreckt es jedoch der Deutsche Handelstag für dringend wünschenswert, daß 2. das Gesetz nicht nur für den Betrieb der offenen Verkaufsstellen, sondern auch für das übrige Handelsgewerbe die Arbeit an Sonn- und Feiertagen eine gewisse Zeitlang gestatte, 3. die für den Ladenschluß am Abend geltende Vorschrift der Gewerbeordnung, die beim Ladenschluß im Laden schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden, auch auf den Ladenschluß an Sonn- und Feiertagen Anwendung finde. — Der Referent begründete im einzelnen die Forderungen des Ausschussvorschlages. Insbesondere trat er dafür ein, daß an Orten mit verschieden großer Einwohnerzahl keine verschiedene Regelung der Sonntagsruhe eintritt, wie das vorher beabsichtigt war. — Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde die Resolution des Vorstandes angenommen.“

Zu dem Thema

„Kommunalabgaben in Preußen“

lag eine Erklärung vor, in welcher das lebhafteste Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß den Vertretern von Industrie und Handel keine Gelegenheit gegeben worden ist, zu dem Vorentwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes Stellung zu nehmen, der im Juli 1913 den Gemeinden zur Begutachtung unterbreitet worden ist. In der Erklärung heißt es u. a. weiter: „Was den am 3. Februar 1914 dem Hause der Abgeordneten vorgelegten Gesetzentwurf als Ganzes betrifft, so nimmt der Deutsche Handelstag zu der Frage, ob der Zeitpunkt für eine Reform der Kommunalbesteuerung richtig gewählt ist, keine Stellung. Er erkennt an, daß der Gesetzentwurf einige Verbesserungen auf dem Gebiete des Rechtsschutzes des Steuerträgers und Vereinfachungen im Steuerverteilungsverfahren bringt. Auch erkennt er grundsätzlich das Bestreben des Entwurfes, die schwächeren Gemeinden durch entsprechende Änderungen der kurzzeit geltenden Vorschriften über die Verteilung gemeinsamer Steuerobjekte in Zukunft günstiger zu stellen, als berechtigt an. Der durch den Gesetzgeber angestrebte Erweiterung bestehender Einnahmequellen und Erleichterung der Erhebung von Beiträgen steht der Deutsche Handelstag nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, so weit dabei genügende Rücksicht auf die berechtigten Interessen von Industrie und Handel als Steuerträger genommen wird und der Grundsatz steuerlicher Gerechtigkeit gewahrt bleibt.“ — Die Bedenken des Handelstages richten sich im wesentlichen, wie in der Erklärung des längeren ausgeführt wird, gegen die Fiskalsteuer, gegen die Ausdehnung des Begriffs des Grundstücks auf sämtliche im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuches dazu gehörigen Bestandteile für die Bemessung der Grundsteuer, gegen die bedingungslose Einführung der Gemeindefinanzsteuerpflicht bei den Gesellschaften m. b. H. und die Besteuerung des Grundstückserwerbs durch die Gemeinden auch bei der Zwangsversteigerung. — Den eingehenden Bericht über diese Erklärung erstattete Dr. Vothe (Essen).

In der Diskussion befand sich Jung (Wiesbaden) sein Einverständnis mit den Vorschlägen des Ausschusses, widerlegte sich aber einer Besteuerung der Genossenschaften und der Kreditvereine. Wenn der Ausschuss mit seinen Vorschlägen eine mittelstandsfreundliche Haltung an den Tag legen wolle, so seien diese Vorschläge durchaus verfehlt. Man müsse bedenken, daß gerade die Vorwurf- und Kreditvereine sich besonders mittelstandsfreundlich betätigen. Er persönlich ginge sogar so weit, auch die einzelnen Mitglieder einer G. m. b. H. steuerfrei zu lassen. Wenn es schon verfehlt sei, die Aktiengesellschaften und die einzelnen Aktionäre zu besteuern, dann dürfe man der einen Sünde nicht noch eine zweite hinzufügen. — Nach weiteren Ausführungen des Geh. Oberfinanzrats Dr. Schwarz vom preussischen Finanz-

Benjamin Franklin. Seifensiederhohn und Seifensiederlehrling fürs erste; dann Dichter, der seine Balladen selber schrieb, selber druckte und in den Straßen selber verkaufte. Buchhändler hierauf und Sekretär des Kolonialparlamentes in Pennsylvania; er errichtet eine Mühle, er gründet eine Feuerwache und sorgt für die Straßenpflasterung der Stadt; er entwirft den Plan für eine philosophische Gesellschaft, er findet den Alkaleiler, wendet sich der Diplomatie zu und aus dem Seifensieder und Buchdrucker wird Benjamin Franklin, wird eines der größten und wunderbarsten Leben, das mit 77 Jahren im Zenit ist und mit 84, am 17. April 1790, verläßt; jung, frisch und unerschrocken an geistigen Kräften.

Wie viel elastisch angespannte Anstrengung, wie viel leicht überwindliches Mühen und wie viel furchtlose Anmut, die Montage eines neuen Beginns nicht zu scheuen, war in diesem einzigen Dasein! Die Menschen aber sagen mit müder Melancholie: „Wenn ich doch noch einmal 20 Jahre alt wäre.“ Die Menschen aber werden alt an ihrer Furcht vor dem Ende, sie wissen in dieser Angst dieses einen Lebens nicht zu erfüllen und bis in den äußersten Winkel zu rücken, und sie wünschen sich gleich mehrere Leben. Leider aber gibt es das nicht. Man wird mit 21 Jahren leider nie wiederum 20. Und da ist es nun eine überaus bequeme Ausrede, all sein Wünsche nach Besseren und Belohnungen einfach in die Unmöglichkeit zu verlagern: „Wenn ich noch einmal 20 Jahre alt wäre.“ Welch eine Unbescheidenheit von geradezu mittelalterlichem Kleinmütigkeit in ihrem innersten Wesen! Der alte Fontenelle Corneilles eleganter Reife, fällt einem ein, der alte Fontenelle, der mit rofigen Weisenbüschen noch jung war. Hundertjährig und knapp vor seinem Tode sagte er einer Notizschönheit, die feugende Galanterie: „Wenn ich doch bloß 80 Jahre wäre, Madamel!“

Zeiten! Zeiten, in denen die sprühende Beweglichkeit des Geistes jedermann jung erhielt, in denen man sich wie zur bewundernden Fronte aller Lebensalter mit zwanzig nicht anders als mit vierzig, sechzig und achtzig Jahren das Haar weiß bapuderte und in seiner ersten Tangstunde gleich im Göttemarschschritt des Menuetts trippelte. Zeiten ewig junger Jahre, in denen man durch Silberhaartracht, Kostüm und Haltung dem Alter und dem Tode gleichsam etwas vortrug, um ihn nicht herauszufordern. Man kennt die späten Lebensjahre der Rimon. Aber gleich ihr Leben und Lieben die Geoffroi, die Genlis, die Houdentot, weit über die irdische Grenze. Und jahrelang von dem Glück erschöpfener Schwerkraft betroffen, verstand es die Deffault, durch den Ausdruck gespanntester Aufmerksamkeit beim Zuhören den körperlichen Mangel in eine Grazie des Geistes zu verwandeln. Ein Bewunderer schreibt über sie: „Sie litt entsetzlich, aber sie ergab sich nicht.“ In dem Man ihrer Regsamkeit, in der geistigen Durchdringung ihres stumpf verloschenen Körpers, in der Bravour ihres bezwingenden Willens ward sie Siegerin der Kunst, jung zu bleiben.

Und man denkt: wie viele sind erst weit jenseits von der gemeinlichen Mühe des Lebens in den Daseinsgenüssen geburgen, wie viele sind erst mit grauen Haaren zu ihrer entscheidenden Tat gelangt. Einige sogar ganz ohne Haare. Und in all denen war etwas vom Götter-Jungsein, war keine Spur von dem mißgelaunten Wort: „Ich bin zu alt dazu“, und sehr viel von der unbedürftigen Fröhlichkeit eines Kindes, das von einem Ende überhaupt nichts weiß. An eine erlauchteste Gestalt des vergangenen Jahrhunderts, an Wismar stellt sich eine Erinnerung ein. Mit seinen Enkeln konnte er lachen und lachen und lachen und lachen und lachen. Der eherner massive Begründer von Deutschland war der fröhlichste Großpapa.

In dem Epod seines Lebens, in der Weisheit von jenem gewaltigen und bis an den Rand erfüllten Dasein ist nirgends eine matte und schwache Stelle zu finden, die mit dem melancholischen Wort anfängt: „Du bist zu alt dazu.“ Und oft sehr oft, wenn man eine Geschichte der Kunst, der Erfindungen und Wissenschaften aufblättert, packt einen ein Staunen: man schüttelt den Kopf, daß einer, den man als ungestümen Schürer und Dränger sich vorgestellt hat, längst schon jenseits der Weltreise seiner Jahre steht. Heinrich, der studierte Redigier, der Militärarzt in Potsdam, der Anatomieprofessor an der Berliner Kunstakademie, der Physiologieprofessor in Königsberg: erst mit fünfzig Jahren erhielt er die von ihm legendi für sein eigenes Gebiet, für das Arbeitsfeld seines Engagements, die Physik. Und da ist in Wien der ultrajunge Führer der modernen Architektur. Wer dachte den als 70jährigen Greis? Wer dachte, daß Otto Wagner mit 54 Jahren sein entscheidendes Werk über „moderne Architektur“ geschrieben hat? Freilich, es war der nämliche, der einmal ausprobiert: „Ein Architekt kommt erst mit fünfzig Jahren zu sich selbst.“ Weil, unendlich weit zu rückt nun das ermattende Wort: „Ich bin zu alt.“ In all diesen erlauchten und unerhörten reichen Leben war kein Raum für das Wort, das einem die eigene Zukunft vertrammet, das einem müde drückt und mitten im Dasein das ganze kommende Stück Leben als Waisenger dem Tode darbringen läßt. Ein Triumph an vollbrachter Arbeit, eine jauchzende Freude am Sein dringt aus dem höchsten Leben dieser stets Jungen. Und das jubelnde Wort eines von ihnen soll mit seiner schmetternden Fröhlichkeit den gegenständlichen Waisenger bilden zu dem mißgelaunten Anfang. Als Otto Wagner seine sachlichen Sätze über die neue Baukunst schrieb, brach ihm plötzlich der Aufschrei durch: „Das ist keine Renaissance, sondern eine Raissance.“

ministerium und des Referenten Dr. Vothe schließt die Debatte und die Erklärung des Ausschusses wird ohne jede Änderung angenommen.

Bei den Wahlen werden die ausscheidenden Mitglieder des Ausschusses wiedergewählt, hinzugezählt wird Affow (Altona). — Der Vorsitzende dankte den Mitgliedern für die geleistete Arbeit und schloß dann die diesjährige Vollversammlung.

Das Rennwettgesetz.

Wb. Berlin, 20. März. Die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs zur Wänderung des geltenden Rennwettgesetzes sind:

1. Die Möglichkeit der Abschließung von Wetten soll auf Pferderennen beschränkt werden (§ 1). Es soll dadurch die Ausdehnung der Wettbetätigung auf andere, insbesondere von den unteren und mittleren Bevölkerungsschichten besuchte Sportveranstaltungen vorgebeugt werden, und zugleich der Totalisator der Rennbetriebe vor einer Konkurrenz geschützt werden.

2. Neben dem Totalisator sollen konfessionelle Buchmacher zugelassen werden (§ 3). Dadurch soll das Winkelschacherium nach Möglichkeit eingeschränkt werden und die private Wettbetätigung unter ständige behördliche Kontrolle gestellt werden, und auch die Möglichkeit der Kontrolle der privaten Wettabschlüsse für die Rennbetriebe geschaffen werden. Ferner würde dadurch ein erheblicher Teil der großen Summen, die zurzeit in Wetten bei Buchmachern auch für ausländische Wettabschlüsse geschossen werden, der Besteuerung unterworfen werden können, wodurch erhöhte Mittel für die Zwecke des Reiches und der Landespolizei bezogen werden würden.

3. Die in der geordneten Wettbetätigung beim Buchmacher sollen einlagbar gemacht, dadurch dem Wettenden ein Schutz vor unrechtmäßiger Ausnutzung gewährt und ein wirksamer Schutz gegen leichtfertige Wettabschlüsse geschaffen werden. Die Entgegennahme von Rennwetten auf Gerrenreiten und von Militärpersonen soll den Buchmachern verboten werden (§ 4).

4. Das Strafmaß für nicht lizenzierte Buchmacher, bisher Gefängnis von einem bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe von 500 bis zu 1000 M., soll erhöht werden. Häufig freigeschlagen bis zu zwei Jahren, daneben Geldstrafe von 300 bis zu 600 M. und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Außerdem sollen die Einsätze für verbotene Wettabschlüsse (§ 5).

5. Der konfessionelle Buchmacher und seine Gehilfen werden bestraft, wenn sie außerhalb der vorgeschriebenen Geschäftzeiten Wettabschlüsse vermitteln (§ 6).

6. Der Abschluß von Wetten bei einem nicht konfessionellen Buchmacher wird bestraft mit Geldstrafe bis zu 1000 M.

7. Toto- und Buchmachern werden grundsätzlich gleich hoch besteuert, dagegen ist die Besteuerung der Wettabschlüsse für Lotterien wie bisher Umsatzsteuer, zugleich Erhebung der Steuerquote von 16% Proz. auf 12 Proz., wovon das Reich und die Rennbetriebe je die Hälfte erhalten. Den Rennbetriebern kann die Erhebung einer Umsatzsteuer bis zu 8 Proz. gestattet werden. Es ist beabsichtigt, dieses Quotensteuersystem den Rennbetriebern zu machen, deren Totalisatorumsatz die Summe von einer Million nicht übersteigt. Die Buchwetten sollen mit einer Umsatzsteuer von 6 Proz. belegt werden. Daneben soll der Wettende, sofern er gewinnt, eine Steuer zu entrichten, die sich je nach dem Verhältnis zwischen Gewinn und Wetteinsatz auf 6 bis 20 Proz. beläuft. Die Abgaben der Buchmacher für Vermittlung von Auslandswetten sollen ebenfalls 6 Proz. betragen. An Stelle der Gewinnabgaben kann eine Besteuerung der Umsatzabgaben angedacht werden. — Es ist beabsichtigt, die Gesamtabgaben für Vermittlung von Auslandswetten denjenigen Abgaben anzuordnen, die in den ausländischen Staaten für die dort ansehnlichen Totalisatoren festgesetzt sind.

8. Die Buchmacher sollen Auslandswetten zum Totalisatorumsatz annehmen dürfen. Auslandswetten im allgemeinen nur zu festen Odds. Außerdem soll den Buchmachern für den Ankauf gestattet sein, kleine Einsätze für deutsche Rennen zum Totalisatorumsatz anzunehmen, damit nicht die verbotene private Wettbetätigung eintritt.

9. Auch die nicht erlaubten Wettunternehmungen sollen ebenso wie die erlaubten steuerpflichtig sein, wenn sie zur Kenntnis der Behörde gelangen.

10. Die Landespolizeibehörde soll die öffentliche Lage von Rennstadien und Loks verbieten dürfen.

Luftfahrt.

Das Militärflugzeug „S. 5“ in Gefahr. Berlin, 20. März. Das Militärflugzeug „S. 5“, das in Johannisthal stationiert ist, geriet heute morgen in schwere Gefahr. Beim Herausbringen aus der Halle wurde das Flugzeug von starken Böen gefaßt, riß sich los und trieb auf die große Tribüne zu. Erst im letzten Augenblick gelang es den Maschinisten, die Propeller anzuwerfen und so konnte der Steuermann das Schiff etwa einen Meter über dem Dach der Haupttribüne hochheben und einen Zusammenstoß vermeiden.

Der Höhenweltrekord mit drei Passagieren in deutschen Händen! Berlin, 20. März. Heute morgen startete auf dem Flugplatz Johannisthal Ingenieur Thelen mit drei Passagieren auf einem Albatros-Doppeldecker, um einen Höhenrekord aufzustellen. Er erreichte eine Höhe von 3750 Meter und überbot damit den von dem Franzosen Garraz aufgestellten Höhenweltrekord um 450 Meter.

Der neue Haushaltsplan der Stadt Wiesbaden.

— Wiesbaden, 20. März.

In der heutigen ordentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung stehen die Vorschläge der einzelnen Verwaltungszweige der ordentlichen und außerordentlichen Verwaltung sowie die der Zweigverwaltungen zur Debatte.

Stadtverordneter Müller rügte einige Mängel bei der Armenverwaltung. Bei den Gesuchen um Verleihung des Armenrechts, die sehr oft von Frauen eingeholt werden müßten, würden die Geschwister oft an ganz junge Leute verwiesen, die die Gelegenheit benutzten, um eine Art Beihilfe von den Leuten zu erhalten. Es handle sich da oft um sehr delikate Sachen, die nur geübten Leuten anvertraut werden könnten. Der Herr Oberbürgermeister habe gestern mit Recht die Arbeit der Wohltätigkeitsvereine hervorgehoben; es müsse aber auch festgestellt werden, daß in dieser Beziehung die Arbeiterbewegung sehr viel tue. Die Gewerkschaften haben allein im letzten Jahr 100 000 M. an Arbeitslosenunterstützung verausgabt. Dazu kommen noch die Unterstützungen, die andere, namentlich die christlichen Arbeiterorganisationen, ihren hilfsbedürftigen Mitgliedern gewähren. Zu der vom Stadtverordneten Justizrat v. Ed. erwähnten sogenannten Dreimännerliste bemerkt der Redner, daß von den in der Bürgerliste aufgeführten 20 000 Personen 16 450 in der 3. Klasse wählen. Von diesen 16 450 Wählern stehen nur 1600 in der „Dreimännerliste“.

Es wäre auch ein schlechtes Zeichen für Wiesbaden, wenn die Armut hier so groß wäre, daß die große Mehrheit der Arbeiter steuerfrei ausginge.

Die Zahl der Wähler 3. Klasse zeige aber auch, wie recht Stadtverordneter Busch gehabt habe, als er darauf hinwies, daß die 3. Klasse in den Ausschüssen und Deputationen berücksichtigt werden sollte. Die Meinung dürfte nicht aufkommen, daß die Wähler 3. Klasse weniger Interesse an der Wohlfahrt der Stadt Wiesbaden haben, als die 1. und 2. Klasse.

Stadtverordneter Justizrat v. Ed. erklärt, er habe nicht gesagt, die äußerste Linke könne bei der Dedungsfrage nicht mitreden, weil sie keine Steuer bezahle, er habe nur auf die „Dreimännerliste“ hingewiesen, um die Übertreibungen Demmers zurückzuweisen. Natürlich habe er nicht die genaue Zahl der in der „Dreimännerliste“ stehenden Wähler 3. Klasse genannt, er habe nur gewußt, daß es recht viele seien. Wie groß die Zahl dieser sei, die nur 6 M. bezahlten, habe Stadtverordneter Demmer nicht gesagt; er, v. Ed., selbst sei jetzt nicht so vorbereitet, um da mit Zahlen aufwarten zu können.

Nach einer kurzen Auseinandersetzung zwischen den Stadtverordneten v. Ed. und Demmer wendet sich Stadtverordneter Gul in längeren Ausführungen gegen die Handhabung der Armenpflege. Er bemängelt das Fehlen eines den Zeitverhältnissen angemessenen Tarifs und führt Beschwerde darüber, daß einzelne Armenpfleger die Armen wenig menschenfreundlich behandeln.

Stadtverordneter Baumhach sowie wie Stadtverordneter v. Dreising nehmen die ehrenamtlich in der Armenpflege tätigen Personen gegen die Angriffe Guls kräftig in Schutz. Auch Beigeordneter Borgmann erklärt,

daß die Armenpfleger und Armenpflegerinnen in vollem Maße ihre Schuldigkeit tun.

Dem Stadtverordneten Gul sei es bekannt, daß erst in der letzten Zeit auch zwei der Arbeiterschaft nahestehende Herren zur Armenpflege herangezogen worden seien. Er (Borgmann) sei persönlich überzeugt, daß die Herren sich sehr gut zur Mitwirkung in der Armenverwaltung eignen. Der Redner stellt weiter fest, daß in der Armenverwaltung keine unreifen Leute verwendet werden, und daß es bei den Gesuchen um Armenstütze nicht zu peinlichen Ausfragereien kommt. Neuerdings sei für den Verkehr mit unehelichen Müttern eine Beamtin angestellt worden. Die Tarife würden vielfach überschritten; die Armenpfleger seien nicht angewiesen, sich streng an die Tarife zu halten. Auf gestern von dem Stadtverordneten Gerhardt vorgebrachte Wünsche eingehend, stellte der Redner fest, daß durch die Übernahme der Speisung bedürftiger Kinder in Regie der Stadt unterhältnismäßig hohe Kosten entstehen würden. Der Stadtverordneten-Versammlung werde aber demnächst eine Vorlage auf Erhöhung des Zuschusses zugehen. Man ist bis jetzt nur in der Lage, Rinderschub da auszuüben, wo es sich um Armenrechtsfragen handelt; insondern kann die Kontrolle für Jugendschutz und Rinderschub sehr wohl eine Lücke ausfüllen. Es gibt zahlreiche, das Eintreten der Rinderschuborgane und des Rinderschubes beschleunigende Fälle, die sich heute der Kontrolle entziehen, weil kein Mensch an die Stadt um Unterstützung herantritt. Durch die Verarbeitung des Rinderschubes werden der Zentralstelle keine Kosten erwachsen; es handelt sich da auch um ehrenamtliche Arbeit. — Stadtverordneter Demmer sprach für die Überzeugung von Arbeiterfrauen zur Armenpflege. Über einen Armenpfleger — der Redner nennt den Namen — seien wiederholt Beschwerden eingelaufen. Der Redner ist ebenfalls nicht mit der Behandlung einverstanden, die den Leuten auf dem Armenbureau zuteil wird.

Stadtverordneter Hartmann tritt für die Unterstützung des gewerkschaftlichen Gemüßebaus ein. — Beigeordneter Körner erwidert, der Antrag der Gemüßegärtner sei erst nach der Aufstellung des Etats eingegangen.

Stadtverordneter Demmer wendet sich gegen die Unterstützung des Mittelschmeinschen Vereins für Luftschiffahrt, der keine gemeinnützigen Zwecke verfolge.

Oberbürgermeister Gäßing entgegnet, die Förderung der Luftschiffahrt liege im nationalen Interesse, folglich verfolge der Verein auch gemeinnützige Zwecke.

Auf die Frage des Stadtverordneten Demmer, ob der Magistrat die Absicht habe, den Vertrag mit dem Residenz-Theater wegen der Volksvorstellungen zu erneuern, antwortet Bürgermeister Travers, der Magistrat habe zwar nicht die Absicht, die Sache einzulösen zu lassen, der jetzige Vertrag mit dem Residenz-Theater habe sich aber insofern nicht bewährt, als jeder Besucher der Vorstellungen die Stadt 1 M. bis 2 M. 50 Pf. gekostet habe. Im April werde der Magistrat auf die Sache zurückkommen.

Stadtverordneter Geheimrat Elze bittet den Magistrat, dafür einzutreten, daß das Königl. Theater die Abonnementsvorstellungen in alphabetischer Reihenfolge stattfinden läßt.

Stadtverordneter Körner wünscht Anschluß der Schulen an Telephonnetze, um bei etwaigen Unglücksfällen schnell Hilfe herbeiführen zu können. Er stellt dabei fest, daß die Volksschulen Wiesbadens genau das leisten, was von den preussischen Volksschulen verlangt wird. Die Mittelschulen hätten sich so eingebürgert, daß man sie so leicht nicht abschaffen könne. Die Mittelschule sei nicht die Schule, welche die Volksschule zur Armenschule mache. Für ihn sei die Bezeichnung der Volksschule als Armenschule überhaupt eine recht eigentümliche.

Stadtverordneter Gerhardt betont, daß er gestern selbstverständlich nur habe sagen wollen, daß die Mittelschule die Tendenz habe, die Volksschule zur Armenschule herabzudrücken. Daß die Wiesbadener Volksschullehrer in vollem Maße ihre Schuldigkeit tun, davon ist auch er überzeugt. Der Lehrplan aber könnte ergänzt werden.

Beigeordneter Körner erklärt, daß der Lehrplan im wesentlichen von der Aufsichtsbehörde abhängig sei.

Auf die wiederholte Frage des Stadtverordneten Demmer nach dem Ergebnis der Wohnungszählung von 1913 antwortet der Direktor des statistischen Amtes Dr. Mahison, das vorläufige Ergebnis sei im Dezember 1913 veröffentlicht worden. Das endgültige Ergebnis sei bereits gedruckt und werde nächste Woche erscheinen. Der Magistrat werde im April eine Kängzählung der leerstehenden Wohnungen vornehmen lassen. Er glaube der Zustimmung des Magistrats sicher zu sein, wenn er erkläre, daß im Herbst 1913 anlässlich der großen Volkszählung auch eine Wohnungszählung, einschließlich der Belegung, stattfinden solle.

Stadtverordneter v. Dreising wendet sich gegen die beschlossene Erweiterung des Verkehrsbeckens an der jetzigen Stelle. Es gehöre kein Gebäude hin.

Oberbürgermeister Gäßing weist darauf hin, daß der Stadtverordneten-Versammlung ja noch Gelegenheit gegeben

werde, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen, wenn eine Vorlage an sie heranträte.

Stadtverordneter Demmer brachte Wünsche zur Schwimmbadfrage vor, deren Berücksichtigung vom Beigeordneten Petri in Aussicht gestellt wurde. Demmer hält den in Aussicht genommenen Platz gegenüber dem neuen Museumsgebäude wegen der Frontlänge ungeeignet; besser eigne sich ein mitten in einer Straße liegender Platz. Er empfiehlt die Beschäftigung anderer Schwimmbäder vor der endgültigen Ausarbeitung der Pläne.

Damit war die Debatte zu der ordentlichen und der außerordentlichen Verwaltung zu Ende. Die Platz der Zweigverwaltungen riefen ebenfalls eine längere Debatte hervor, auf die wir in der Abend-Ausgabe zurückkommen werden, wie auf die übrige Tagesordnung.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Vom Frühling.

Am 21. März geht die Sonne durch den Äquator der Himmelskugel und Tag und Nacht haben gleiche Länge von je 12 Stunden. Würde die Temperatur nur von der Tageslänge, d. h. von der Dauer der Bestrahlung abhängen, dann müßte dieser Tag, ebenso wie die übrigen astronomisch bedeutsamen Tage am 21. Juni, 23. September und 21. Dezember, selbstverständlich als Mitte des Frühlings angesehen werden. Da die Wirkung des höchsten und niedrigsten Sonnenstandes aber erfahrungsgemäß erst mehrere Wochen später eintritt, so hat man sich von alters her daran gewöhnt, diese Tage als Anfang der Jahreszeiten zu betrachten. Auch diese Einteilung stimmt nicht ganz mit dem wirklichen Temperaturverlauf überein. Die Verspätung des wärmsten und kältesten Tages im Jahr gegen die entsprechenden Extreme des Sonnenstandes beträgt nicht 6 Wochen, sondern nur etwas über 3 Wochen (25 Tage). Diesen tatsächlichen Verhältnissen paßt sich am besten die meteorologische Einteilung der Jahreszeiten an, die den Winter vom 1. Dezember bis 31. Februar, den Frühling vom 1. März bis 31. Mai, den Sommer vom 1. Juni bis 31. August und den Herbst vom 1. September bis 30. November rechnet. Demnach fällt also die Mitte des Frühlings etwa auf den 15. April, während sie bei rein objektiver Betrachtung auf den 21. März und nach der landläufigen Auffassung um Anfang Mai anzusehen ist. Wie vollzieht sich nun im Frühling der Temperaturübergang vom Winter- ins Sommerstadium? Bei Betrachtung langjähriger Tagesmittel findet man, daß der Übergang keineswegs gleichmäßig stattfindet, sondern durch einige charakteristische Senkungen (Kälterückfälle) unterbrochen wird. In der mittleren Jahreskurve prägen sich diese Rückfälle zwar nur im Februar und Juni scharf aus, während die Monate März bis Mai nur unbedeutende Senkungen aufweisen. Innerhalb eines Jahres ist es aber gerade der Frühling, der die stärksten Kälterückfälle bringt und es ist nur der sowohl vorausgehenden als auch folgenden intensiven Erwärmung zuzuschreiben, daß diese Störungen in den vielfachen Mittelwerten nicht zum Ausdruck kommen. Unter den Kälterückfällen des Frühjahrs ist derjenige um Mitte Mai, die „Eisheiligen“ oder „Geistreiche Herren“, der weitaus bekannteste und dennoch der unbeträchtlichste. Der Grund dieser Vorzugung liegt lediglich in der verhängnisvollen Bedeutung, die ein starker Rückgang bis unter den Gefrierpunkt im Mai für die junge Pflanzwelt hat. In den meisten Fällen hält sich die Temperaturerniedrigung in mäßigen Grenzen, und Frostgrade kommen nur in ganz vereinzelten Fällen vor. Seit 1836 wurde in unserer Gegend südlich des Taunus nur dreimal Frost beobachtet, 1882, 1888 und 1902. Auch der März bringt gewöhnlich um seine Mitte einige kalten Tage, der Kälterückfall ist aber nicht stärker, als im Mai und ohne größere Bedeutung. Die stärksten Kälterückfälle pflegen Mitte April einzutreten, also 3 Wochen nach der Tag- und Nachtgleiche, vorausgesetzt, daß um diese Zeit die für Kälterückfälle typische Luftdruckverteilung zustande kommt. In den letzten Jahren war dieser Temperatursturz ganz besonders ausgeprägt. 1911 sank das Thermometer im April an 5, 1912 und 1913 noch an 6 Tagen unter den Gefrierpunkt. Auch der diesjährige Frühling wird im nächsten Monat einen Kälterückfall bringen, der sich aber mehr durch längere Dauer als durch sehr tiefe Temperaturen auszeichnen dürfte.

A. S.

— Das Kaiserpaar in Wiesbaden. Wie die „A. S. a. W.“ wissen will, bleibt die Kaiserin noch mehrere Wochen in Braunschweig, geht also nicht nach Korfu. Sie beabsichtigt, von Braunschweig nach Homburg zu reisen und von dort aus nach Wiesbaden zu kommen, wo der Kaiser Anfangs Mai eintreffen gedenkt.

— Neues Kaiserbildnis eines Wiesbadener Künstlers. Der Magistrat der Stadt Elbing beauftragte den durch seine für den Staat, verschiedene Regimenter, Rathhäuser, Museen usw. gemalten Kaiserbilder weitesten Kreisen bekannt gewordenen Wiesbadener Maler Oscar Meier-Elbing mit der Ausführung eines lebensgroßen Kaiserbildnisses für den neu erbauten Schwurgerichtssaal des Königl. Land- und Amtsgerichts. Der Künstler wird das Gemälde, das die Stadt Elbing dem Staat anlässlich der Einweihung des Neubaus zum Geschenk macht, mit Bezug auf die weltbekannte Schiack-Werft in der Salamisform eines Großadmirals ausführen. Von den Kaiserbildern Meier-Elbing's, die auch wiederholt die Anerkennung des Kaisers fanden, befinden sich u. a. solche im Offizierskasino des 1. Kassauischen Feldartillerie-Regiments Nr. 27 (Oranien), im „Café Blum“ und im „Hotel Kaiserhof“ in Wiesbaden.

— Handwerkerverband. Der diesjährige Verbandstag des Handwerkerverbands für den Regierungsbezirk Wiesbaden wird in Limburg stattfinden, und zwar aller Voraussicht nach Mitte Juli.

— Bauberatung. Ein zweitägiger Bauberatungskursus wird von der Bauberatungsstelle für Gelsen-Rassau in Verbindung mit der Bezirksabteilung Rassau des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege sowie noch anderen Körperschaften am 20. und 21. d. M. in Limburg veranstaltet, man rechnet dabei besonders auf die Teilnahme von Handwerkern aus Kleinstädten sowie vom Lande. — Eine neue Gewerbeunterstützungseinrichtung an der hiesigen Gewerbeschule wird in der Einrichtung eines offenen Beidenzsaals bestehen, in welchem den Handwerkern Gelegenheit geboten ist, unter Beihilfe des betreffenden Fachlehrers ihre Arbeiten zeichnerisch darzustellen. Damit verbunden ist die technische und künstlerische Beratung in allen gewerblichen Angelegenheiten sowie eine Beratung in Patent-, Muster-

Steuerfachen Anwendung findet, in denen bei Abgabe der Beibrückungserklärung ein Strafverfahren bereits eingeleitet war. Durch eine höchstgerichtliche Entscheidung ist eingeleitet. Durch eine höchstgerichtliche Entscheidung ist eingeleitet. Durch eine höchstgerichtliche Entscheidung ist eingeleitet.

Unterschiedssekretär im Reichsgericht: In der in der Anfrage berührten Angelegenheit sind verschiedene Urteile ergangen, die sich teils wie das Kammergericht, teils im anderen Sinne aussprechen. Gegen verschiedene Strafkammerurteile ist bereits Revision eingelegt worden, über die das Reichsgericht zu entscheiden hat. Die Bundesregierungen sind seitens der Reichsfinanzverwaltung um Mitteilung und Abschrift der ergangenen Urteile ersucht worden. Es wird von dem Ausfall der Prüfung der gerichtlichen Entscheidungen abhängen, ob sich der Reichsfinanzminister mit den Bundesregierungen ins Einvernehmen setzen wird. Soweit die Herren Fragesteller die Abständnahme von der Einleitung neuerlicher Strafverfahren wünschen, so kann schon jetzt bemerkt werden, daß auch nach der Auslegung, welche § 15 Absatz 2 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats dem § 68 des Beibrückungsgesetzes gibt, die Einleitung eines Strafverfahrens nach Abgabe der Vermögens- oder Einkommenserklärung nicht für zulässig gehalten wird.

Hg. Hoff (Korrespondent): Zeilungsanträge zu Folge werden von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen, Söhne von Volksschullehrern als Offiziersaspiranten für die Marine nicht angenommen.

auch wenn sie bezüglich ihrer körperlichen Beschaffenheit und ihrer Vorbildung den gestellten Anforderungen genügen. Ist der Herr Reichsminister bereit, Auskunft darüber zu geben, ob diese Nachrichten auf Tatsachen beruhen, im bejahenden Falle, was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, um diese für die Volksschullehrer verheiratheten und die Interessen der Marine schwer schädigende Praxis der Marinebehörde zu beseitigen? Vizepräsident Dahnke: Die Zeilungsanträge, denen zufolge die Söhne von Volksschullehrern, von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen, als Offiziersaspiranten für die Marine nicht angenommen werden, auch wenn sie nach ihrer körperlichen Beschaffenheit und ihrer Vorbildung den gestellten Anforderungen genügen, entsprechen nicht den Tatsachen. Weder sind Bestimmungen getroffen, noch besteht die Verwaltungspraxis, daß Söhne von Volksschullehrern nicht als Aspiranten für die Seeoffiziersausbildung angenommen werden. Tatsächlich dienen auch eine Anzahl von Söhnen von Volksschullehrern oder aus dem Volksschullehrerstande verwandte Personen als Seeoffiziere oder als Seeoffiziersaspiranten in der kaiserlichen Marine. (Beifall.) Bei dem starken Andrang zur Seeoffiziersausbildung läßt es sich nicht vermeiden, daß alljährlich eine sehr große Anzahl von Anmeldeungen nicht berücksichtigt werden kann, trotzdem die Bewerber die Bedingungen erfüllen. Solche nicht angenommenen Anmeldeungen betreffen sich auf alle Berufsstände. Die Annahme der Seeoffiziersausbildung erfolgt nach dem Grade der Befähigung der Bewerber und wissenschaftlichen Annahmeforderungen und der persönlichen Eignung für den Beruf.

Darauf Fortsetzung der zweiten Sitzung des

Stabs für Südwestafrika.

Hg. Dr. Quessel (Soz.): Wir lehnen die Forderungen für die Wohnbauten in Südwestafrika ab, da die Regierung es an jedem Arbeiterschutz in dem Schutzgebiet fehlen läßt. Die monatelange auf den Straßen hin- und herziehenden Dambos sind den räuberischen Bushmännern schutzlos ausgeliefert.

Es müßten eine Anzahl von Polizeistationen errichtet werden. Die Vieheinwanderung übersteigt die Anzahl um zwei Millionen Mark. Das ist ein erschreckendes Zeichen des Niederganges der Viehzucht, der zurückzuführen ist auf die Eingeborenenpolitik und auf die falsche Landkonfessionspolitik. Nicht zu verstehen ist, daß das Gouvernament immer wieder darauf hinwirkt, die Löhne für die Eingeborenen so niedrig wie möglich zu halten, es betreibt systematisch Lohnbruderei. Bei dieser Art Eingeborenenpolitik werden auch die von Deutschen betriebenen Farmen unmöglich gemacht. Die Eingeborenen müssen die Möglichkeit haben, keine Farmen, die sie und ihre Familien ernähren können, zu bewirtschaften. Auch die weißen Arbeiter haben schwer unter dem Unternehmer-Terrorismus zu leiden. Sehr im argen liegen dort auch die richterlichen Verhältnisse und die Befugung der Gerichte. Das nicht pflanzbare Gehaltsminimum von 125 M. für Angestellte und Arbeiter müßte in Südwest auf das Doppelte erhöht werden.

Hg. Reinath (natl.): Südwestafrika hat uns mit den 10 Millionen überdurchschnittlich durch die Diamanten eine große Freude gemacht. Diese Summe sollte zur Hälfte zur Deckung des Defizits in der Reichskasse selbst verwendet werden, die andere Hälfte müßte dazu angelegt werden, die dauernden Einnahmen des Schutzgebietes durch wirtschaftliche Förderung der Kolonie zu vermehren. Die Schutzgebiete müssen eine größere Selbstverwaltung erhalten. Das Mutterland und der Reichstag sollten sich darauf beschränken, nachteilige Zustände in den Kolonien zu beseitigen und den Reichsausschuß nach Möglichkeit zu verringern. Die Haltung des Reichskolonialamts in der Diamantenregie scheint nicht ganz richtig gewesen zu sein. Der Amboandbau stimmt wir gern zu, da wir uns von diesem Amboandbau große wirtschaftliche Vorteile versprechen. Mittel zur größeren Wassererschließung des Schutzgebietes bewilligen wir gerne.

Hg. Rudolph (Nat.): Bei dem bestehenden Schulmangel in den Kolonien muß die Regierung durch Unterhaltung von Pensionaten den Schulpflichtigen den Besuch der Schule auch wirtschaftlich ermöglichen. Das dürfte wesentlich billiger werden. Den weiteren Ausbau der höheren Schulen in Windhof und Swakopmund über die Untersekunda hinaus halte ich für bedenklich. Der preussische Lehrplan läßt sich schon schonenmäßig auf die dortigen Verhältnisse übertragen.

Hg. Dertel (Nat.): Öffentlich hören die unangenehmen Erörterungen über die Diamantenfrage auf. Daß Fehler gemacht worden sind, ist nicht zu bestreiten. Sie liegen aber hinter uns und müssen verbessert werden. In dieser Frage muß die Kolonialverwaltung etwas Gewissenhaft zeigen. Nicht die Diamanten, sondern die Farmer müssen das bleibende Rückgrat von Südwestafrika bleiben.

Die Farmer wissen auch, daß für sie schon manches geschehen ist, es muß aber noch mehr geschehen. Die Kreditbank muß weiter ausgebaut werden. Der Staatssekretär möge darauf

bedacht sein, die Ausfuhr von südwestafrikanischem Vieh nach der Kapkolonie und Transvaal ins Auge zu fassen. Für die Wassererschließung bewilligen wir gern die Mittel. Ohne Wohnbauten ist die Entwidlung des Schutzgebietes nicht möglich, deshalb stimmen wir der Amboandbau zu. Wir sind überzeugt, daß Deutschland einmal an diesem Schutzgebiete große Freude haben wird.

Hg. Wihorn (Nat.): Ungewissheit ist durch das Diamantenhandels das Interesse der deutschen Abnehmer geschädigt worden.

Staatssekretär Dr. Solf: Ich bin in der Lage, dem Vorredner mitzuteilen, daß auf seine Anregung bereits eingegangen worden ist. Ein Schleifer ist mit in die Diamantenregie aufgenommen worden. Die Regierung versucht von Jahr zu Jahr, den deutschen Schleifern mehr Vorteile zu gewähren. Wir haben in Janu eine Schleiferschule eingerichtet, ich glaube, mehr können wir nicht tun. Was in unseren Kräften steht, wird geschehen, um die Schleifereien zu fördern. (Zurufe: Lärche.) Die Tariffrage wollen wir prüfen. Die Vergünstigungen von 5 Prozent sollen, wie die Sozialdemokraten beantragen, nur denjenigen Firmen zugute kommen, die sich dem Tarife anschließen. Eine direkte Antwort auf diese Forderung kann ich heute nicht geben, da die Zweckmäßigkeit der Frage erst geprüft werden muß. Grundsätzlich der Konzentrierung sind wir mit den Diamantenarbeitern stets einer Meinung gewesen. Ein besonderer Diamantenmarkt in Berlin würde nicht zu empfehlen sein.

Der Diamantenhandel läßt sich förmlich nach einer Monopolisierung.

Wir wollen dahin kommen, daß das ganze Diamantengeschäft in einer Hand liegt. Was den Amboandbau anbelangt, so ist festzustellen, daß der Hg. Dr. Quessel persönlich zwar dem Amboandbau sympathisch gegenübersteht, ihn aber vom prinzipiellen sozialdemokratischen Standpunkte bekämpfen muß, da nicht genügend Garantien geboten seien, daß die Arbeiter nicht über Gebühr ausgenutzt würden. Die von der Kommission aufgestellten Vorschläge für die Amboandbau sind von mir anerkannt worden. Die Erschließung des Amboandbau liegt mir sehr am Herzen, daß ich im einzelnen folgende Erklärung abgebe:

Die Amboandbau wird ständig geregelt und überwacht werden.

Ihnen wird eine menschenwürdige Behandlung gesichert. Für die Gesundheitsverhältnisse und die ärztliche Behandlung der Arbeiter in den Minen beschäftigten Amboandbau wird gesorgt werden. Was die Landwirtschaftsamt anbelangt, so sind von 132 Anträgen 70 erledigt und von den angeforderten Krediten bisher 2 Millionen zugeteilt. Daß Deutschland sehr bald Schlachtvieh aus Südwestafrika bekommen wird, nehme ich nicht an. Wohl werden die veterinärpolizeilichen Vorschriften gegenüber Südwestafrika neu geregelt und die Sperre, die für Kleinvieh schon aufgehoben ist, erleichtert. Eine weite Arbeiterfrage gibt es in Südwest nicht. Was den Schulunterricht anbelangt, so muß er allerdings dem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechend ausgebaut werden. Grundsätzlich der Konfessionsgesellschaften bin ich mit dem vorgeschlagenen Gesetzentwurf prinzipiell einverstanden, würde aber empfehlen, diese Forderung in Form einer Resolution zu stellen, damit die Regierung zunächst die Klagen weiter prüfen kann. (Beifall.)

Hg. Dr. Rumm (Wirtsch. N.): Die Missionen arbeiten uneigennützig und treu und verdienen, daß man vor ihnen den Hut zieht und Respekt hat. (Bravo!)

Hg. Baake (natl.): Ich kann feststellen, daß wir mit den missionarischen Artikeln, wie sie in der „Köln. Ztg.“ gestanden haben, als Fraktion keine Verbindung haben.

Ein Antrag des Hg. Doormann (Nat.) auf Vertagung wird abgelehnt.

Hg. Henke (Soz.): An unserer Ansicht über die Missionen ändern die Ausführungen der Hg. Rumm und Baake nichts. Wenn der Staatssekretär heute erklärt, er werde für eine menschenwürdige Behandlung der Arbeiter im Amboandbau sorgen, so genügt das nicht. An dem guten Herzen des Staatssekretärs zweifeln wir nicht, wir befürchten aber, daß seine Macht nicht so weit reicht, um auf die Unternehmer den nötigen Druck auszuüben.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kamen noch die Hg. Koch (Soz.), Kocke (Soz.), Waltheim (Nat.) zum Wort, wobei sich eine erregte Debatte über das Ausscheiden des Direktors Fürstberg aus dem Aufsichtsrat der Diamantenregie ergab. Nachdem Hg. Rumm (Wirtsch. N.) nochmals für die Missionen das Wort ergriff, vertagte sich das Haus. — Schluß gegen 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 20. März.

Am Ministertisch: Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer-Lieser, Minister des Innern v. Dallwitz. Präsident Graf v. Schwerin-Löwis eröffnete die Sitzung um 11,15 Uhr und teilt mit, daß das Kaiserpaar Danktelegramme geschickt hat für die Teilnahme des Hauses aus Anlaß der Geburt des Prinzen in Braunschweig. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung zum

Grundteilungs-gesetz.

Dazu liegen von Seiten der Freikonservativen, der Nationalliberalen und der Fortschrittler eine Reihe von Anträgen vor, in denen die Erhaltung des Bauernstandes und die Ansiedelung von ländlichen Arbeitern, die Schaffung von Armen und die Förderung der inneren Kolonisation durch provinziale Siedelungsgesellschaften gefordert wird.

Hg. v. Reichenheim-Bilgramsdorf (Zentr.): Dem Ziel des Gesetzentwurfes, den Bauernstand zu erhalten, stimmen wir zu. Wir müssen auch im Interesse der Bekehrung unseres Volkes die ländliche Bevölkerung schützen, wir sind jedoch der Meinung, daß die innere Kolonisation langsam vor sich gehen muß, damit sie in gesunden Bahnen bleibt. Das konfessionelle Moment muß ausgeschaltet werden und die Unberücksichtigung des Eigentums muß gewahrt bleiben. (Sehr wahr!) Wir hoffen, daß in der Kommission etwas Brauchbares zustande kommt im Interesse unserer inneren Kolonisation. (Bravo! im Zentrum.)

Hg. Eder-Winsin (natl.): In Rußland wird ein Gesetz vorbereitet, wonach die Auswanderung unter Kontrolle gestellt werden soll. Wir müssen daher beiseiten Gegenmaßnahmen ergreifen.

Der kleine Bauernstand muß erhalten bleiben. Wir haben schon früher Maßnahmen gegen die Güterverteilung vorgeschlagen. Es muß dafür gesorgt werden, daß

der unechte Güterhandel zurückgedrängt wird. Dem Grundgedanken des Vorlaufsrechtes stimmen wir zu, wirtschaftliche Gründe sprechen dafür. Was unsere Ostmarkenpolitik betrifft, so handelt es sich um die Erhaltung und wirtschaftliche Hebung von durch die Hohenzollern erworbenen Landesanteilen. Es muß besonders in der Ostmark Bauernland in großem Umfang geschaffen werden. Durch die Schaffung von Armen sollen Landarbeiter Gelegenheit haben, Pachtland zu bekommen. Wir erblicken in der Förderung der inneren Kolonisation ein Gegengewicht gegen die moralische und physische Degeneration. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hg. Frhr. v. Zedlitz (freikons.): Der Gesetzentwurf enthält einen schweren Eingriff in das private Grundeigentum; deshalb müssen wir prüfen, ob die Beschränkung des Grundeigentums aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt gerechtfertigt und zulässig ist.

Die innere Kolonisation ist eine Lebensfrage des preussischen Staates.

Bei solchen großen Zielen ist eine gewisse Beschränkung des Eigentums gerechtfertigt. Die beiden Maßnahmen, das Vorlaufsrecht und Rücktrittsrecht, sind geeignet, die innere Kolonisation zu fördern. Es muß eine Anfang geschaffen werden, die das Landwirtschafts- und Länderelement in sich vereint.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Im dem Bauernstand die Möglichkeit zu geben, den erworbenen Besitz zu erhalten, dazu ist schon bei der Auerbengesetzgebung der Anfang gemacht worden. Ich stehe den Vorschlägen wohlwollend gegenüber, welche dahin gehen, auch bei den Arbeitern eine landwirtschaftliche Stufenleiter einzuführen und ihnen Gelegenheit zu geben, sich allmählich zu vergrößern. Die Gründung von Gemeindefarmen wird bereits von der Ansiedelungskommission durchgeführt. Auch von den Siedelungsgesellschaften wird ein Teil des erworbenen Landes als Gemeindefarm reserviert. Sie stoßen dabei aber vielfach auf Schwierigkeiten, weil die Güterpreise so hoch sind, und in dieser Richtung soll durch den Gesetzentwurf Abhilfe geschaffen werden.

Die Grundstückspreise sind dauernd im Preise gestiegen, was zu ernstlichen Bedenken Anlaß gibt.

In den Ansiedelungsgebieten wird nicht über den Mangel an Land, sondern über zu hohe Güterpreise geklagt. Durch die Einführung der Genehmigungspflicht sollen die Preise herabgesetzt werden. Es ist durchaus gerechtfertigt, wenn derartige Preissteigerungen durch gesetzgeberische Maßnahmen beseitigt werden. Diese hohen Preise liegen auch durchaus nicht im Interesse der bodenständigen Bevölkerung. Ich möchte daher warnen, den Bestimmungen des Gesetzes entgegenzutreten mit dem Vorwand, daß das Eigentum nicht angetastet werden darf. Ich werde natürlich keine Vorschläge machen, die an den Grundlagen des Eigentums rütteln, aber wir können der wirtschaftlichen Entwicklung auf dem in Rede stehenden Gebiete nicht mit verengten Armen zusehen. (Sehr richtig!) Wir müssen unter allen Umständen Land schaffen, um die ländliche Bevölkerung auf dem Lande zu halten und die Zahl der Besitzer zu vermehren. Die Anträge werden in der Kommission geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Hg. Bärwald (Nat.): Gegen den Gesetzentwurf haben wir erhebliche Bedenken. Ausdrücke sind zwar bei dem gewöhnlichen Güterhandel vorhanden. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß die Bestimmungen des Gesetzes nicht geeignet sind, die Mängel zu beseitigen. Es liegt die Gefahr vor, daß das Vorlaufsrecht nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgeübt wird. Um die Siedelungstätigkeit zu erleichtern, fordern wir Gewährung von Staatsdarlehen. Wir werden in der Kommission mitarbeiten, unserem Vaterland eine gesunde innere Kolonisation zu verschaffen.

Hg. Trautzsch (Nat.) wendet sich gegen den Gesetzentwurf.

Justizminister Dr. Bessler: Die gegen den Gesetzentwurf erhobenen Einwände, die dahin gehen, daß er vom rechtlichen Standpunkt nicht einwandfrei sei, insbesondere, daß er gegen die Freizügigkeit verstoße, sind nicht stichhaltig.

Hg. Braun (Soz.): Sie (nach rechts) klagen über Entvölkerung des platten Landes. Sie quacksalbern aber immer an dem über herum, ohne Resultate zu erreichen. Die Ursache liegt in dem Unterschied der sozialen Lage der Landarbeiter gegenüber der der Industriearbeiter. Der Arbeiterschutz ist für die Landarbeiter ebenso notwendig, wie für die Industriearbeiter. Als der Redner ausführlich auf dieses Thema einging, bemerkte Präsident Graf Schwerin-Löwis: Sie dürfen nicht die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung besprechen. Dem Vorlaufsrecht stimmen wir zu, wir verlangen aber, daß es auf alle Grundstücke ausgedehnt wird und daß die vom Staate erworbenen Güter dauernd staatlicher Besitz bleiben. Wir lehnen das Gesetz ab, weil wir zu den ausführenden Behörden kein Vertrauen haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Samstag 11 Uhr vertagt; außerdem Stadterweiterung Köln. — Schluß 5½ Uhr.

Die Dampfschiffskatastrophe in Venedig.

++ Venedig, 20. März. Der Kapitän Amadeo Rodolfo von dem untergegangenen Dampfschiff ist ertrunken. Kapitän Erminio Paganini vom Torpedoboot 56 ist verhaftet worden. Man sagt, daß der Zusammenstoß durch Unvorsichtigkeit veranlaßt wurde, weil die Mannschaft und die Kapitäne beider Schiffe den Evolutionen eines Hydroplans zuhoben. Die meisten Passagiere, unter denen sich viele Frauen und Kinder befanden, waren im Augenblick des Zusammenstoßes wegen stürmischer Böen und der großen Kälte in die Kabinen hinuntergegangen, wodurch die meisten nicht gerettet werden konnten. Die Kaiserjacht „Hohenzoellern“ war die erste, die sich sofort mit ihren Booten an dem Rettungswerk beteiligte und es gelang der deutschen Mannschaft, mehrere Personen zu retten. Bis jetzt konnten erst 30 Tote geborgen werden.

Weitere Einzelheiten.

vb. Venedig, 20. März. Die Matrosen des Torpedobootes „T. 54“ sprangen augenblicklich ins Wasser und versuchten, die mit den Wellen Ringenden zu retten. Der unter den ertrunkenen Opfern genannte italienische Schiffsleutnant Gossi machte den Versuch, einige Personen schwimmend zu retten, jedoch hielten ihn die

geordneten Bajda (Rumäne), der die Notwendigkeit des Anschlusses Rumaniens an den Dreibund betonte, er könne diesen Bemerkungen nur beipflichten und halte es für notwendig, dies abermals hervorzuheben. Denn im Ausland, wo man mit dem Stärkeverhältnis der Parteien im Abgeordnetenhaus nicht vertraut sei und das Gewicht einzelner Abgeordneter und ihrer Äußerungen nicht genügend würdige, könne eine optimistische Täuschung entstehen, als ob im ungarischen Abgeordnetenhaus eine gegen den Dreibund gerichtete Stimmung Platz zu greifen beginne. In dieser Hinsicht, sagte der Ministerpräsident, erleichtert meine Aufgabe die erfreuliche Tatsache, daß auch die kompetenten Mitglieder der Opposition, welche die Fähigkeit besitzen, in außerpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, ohne Parteiunterschied sich bei jeder Gelegenheit, auch in der letzten Delegationsession, als Anhänger des Dreibundes zeigten. Das Koffettieren mit Rußland und die Stellungnahme gegen den Dreibund scheint bloß ein taktisches Manöver zu sein, um zu beweisen, daß die Unzufriedenheit, welche das gegenwärtige Regime erzeuge, auch das Festhalten am Dreibund ins Schwanken bringt. (Zustimmung.)

Belgien

Das Abkommen mit den Töchtern König Leopolds genehmigt. Brüssel, 20. März. Die Kammer hat das Abkommen der Regierung mit den drei Töchtern des Königs Leopold II. Prinzessin Luise, Gräfin Stefani Dongh und Prinzessin Viktor Napoleon und seiner Schwester der Kaiserin Charlotte über des Königs Nachlaß, mit 78 Stimmen bei 33 Stimmenthaltungen genehmigt.

Frankreich.

Die Krise und die Nacht der Presse. Paris, 21. März. Der Umstand, daß die mächtige radikal-sozialistische Partei über kein geeignetes Vorgehen verfügt, hat sich selten in allen Konsequenzen so fühlbar gemacht wie in der augenblicklichen durch das Attentat Frau Caillaux gegen Calmette hervorgerufenen politischen Krise. Während die Gegner der radikalen Regierung Blätter vom Rang des „Figaro“, des „Gaulois“ und des „Echo de Paris“ zur Verfügung haben, können die Radikalen dieser starken Presse nur ganz unbedeutende gegenüberstellen. Die natürliche Folge ist, daß die Regierungsfreunde vollkommen mundtot gemacht werden und die öffentliche Meinung, die bisher dem Kabinett Doumergue durchaus nicht unfreundlich gegenüberstand, allmählich in das Lager der Gegner hinübergezogen wird. Die regierungsfreundlichen Blätter berichten über den Verlauf der Untersuchungen in der Rochette-Kommission in tendenziös gefärbter Weise. Die Erklärungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Monis und Caillaux werden überall als Geständnisse der Schuldigen bezeichnet. Der jetzt auch offiziell bestätigte Entschluß des Finanzministers Caillaux, sich für immer vom politischen Leben zurückzuziehen, wird von den Gegnern gleichfalls als Einverständnis seiner Schuld angesehen. In Wirklichkeit hat das Verhör, das die Kommission im Laufe des gestrigen Tages vorgenommen hat, keinerlei unbekannte Tatsachen ergeben und weder Caillaux noch Monis erscheinen durch die Aussagen des Generalstaatsanwalts Fabre, dessen Rolle selbst noch sehr zweifelhaft ist, irgendwie belastet. Ein unerwartetes Ergebnis der Aussage Caillaux' dagegen ist die Tatsache, daß Briand, von dem man bisher glaubte, daß er der Rochette-Angelegenheit ziemlich fern stand, plötzlich in die Angelegenheit verwickelt erscheint. Auf allen Seiten sieht man dem weiteren Verlauf der Untersuchungen der Kommission am heutigen Tage mit lebhafter Spannung entgegen und erwartet große Überraschungen.

Das Leichenbeigangnis Calmettes. Paris, 20. März. Das Leichenbeigangnis Calmettes fand heute mittags unter zahlreicher Beteiligung aus den Kreisen der Literatur, Kunst und Politik statt. Unter den zahlreichen Kränen trugen einige Schleifen Inschriften. Calmettes Mut und Patriotismus rühmend. Vorher fand ein Gottesdienst in der Kirche St. Francois de Sales statt; die Beerdigung erfolgte auf dem Friedhof von Montmartre. Eine große Volksmenge begleitete den Trauerzug unterweils.

Das militärische Zusammengehen mit Rußland. Paris, 21. März. Der französische Votschafter in Petersburg, Valéologue, wird voraussichtlich wieder nach Petersburg abreisen. Hier will man wissen, daß der Votschafter mit seiner Regierung über militärische Fragen verhandelt hat und betont, daß in französischen Kreisen immer mehr Stimmung für ein engeres Zusammengehen Frankreichs mit Rußland in militärischer Hinsicht besteht. Auch in Petersburg soll man sehr für den allernächsten militärischen Zusammenstoß beider Länder plädieren.

England.

Die Lage in Belfast. London, 20. März. Wie bekannt wird, wurden in Belfast gestern Abend 800 Freiwillige mobilisiert, um die Häuser der Unionistenführer zu bewachen. Die Ulsterleute halten eine Konferenz ab, die am letzten Nachmittage noch fortwauerte. In Dublin finden Besprechungen zwischen den englischen Zivil- und Militärbehörden statt.

Verklärung der Garnisonen in Ulster. London, 20. März. Die Wachen in dem Truppenlager Curragh (Grafschaft Kildare) wurden verdoppelt. Zweihundert Mann Infanterie kamen unerwartet an. In der Dubliner Hafen anker zwei Kriegsschiffe. Carson fordert seine Anhänger in einer Bekanntmachung ernstlich auf, eine würdige Ruhe und friedliche Haltung zu bewahren. Wie die Nationalisten ankündigen, findet am Sonntag eine Parade über die nationalen Freiwilligen in den Straßen Londons statt, wo die politischen Leidenschaften stets bestig sind. Aus den Paraden von Rembridge sind

Waffen abhanden gekommen, infolgedessen sind Vorsichtsmaßnahmen ergriffen worden. Die Spannung in Dublin nimmt zu.

Italien.

Große Ausperrungen in der Handelsmarine. Genua, 21. März. Die Vereinigung der unabhängigen Reeder hat eine allgemeine Ausperrung beschlossen. 200 Schiffe, also mehr als die Hälfte der gesamten italienischen Handelsmarine, werden auf diese Weise in den italienischen Häfen festgehalten.

Rußland.

Der Kriegsminister reist nach Paris. ** Petersburg, 20. März. Kriegsminister General Suchomlinow soll in diesen Tagen, wie der „Dien“ meldet, in einer wichtigen Mission über Berlin nach Paris reisen.

Schweden.

Ein neuer Warnruf Sven Hedins. Stockholm, 20. März. Die neue Verteidigungsbrochure, die in der letzten Zeit von Sven Hedin unter dem Titel „Die zweite Warnung“ ausgearbeitet wurde, wird in diesem Tagen in einer Million Exemplaren in ganz Schweden verteilt. Sven Hedin sieht in der bisherigen Neutralitätspolitik nach allen Seiten Gefahr und fordert zum Anschluß der schwedischen auswärtigen Politik an die Mächte des Dreibundes, hauptsächlich an Deutschland, auf.

China.

Fortschritt des „Weißen Wolf“. Sianfu (Provinz Schensi), 20. März. Räuberbanden des „Weißen Wolf“ sind in die Provinz Schensi eingedrungen, nachdem sie Kweichow in Honan geplündert hatten. Es ist bekannt, daß frühere Revolutionsführer aus Schensi sich beim „Weißen Wolf“ befinden. In Sianfu herrscht Ruhe.

Luftfahrt.

Todessturz eines russischen Militärflieger-Instrukteurs. Sebastopol, 20. März. Der Instrukteur der Militärfliegerschule, Hauptmann Andreabi, stürzte bei einem Fluge ab und wurde sofort getötet.

Der neue Haushaltsplan der Stadt Wiesbaden.

— Wiesbaden, 20. März.

In die Beratung der Stats der Zweigverwaltungen eintretend, erstattet zunächst Stadtverordneter Reichwein den Bericht des Finanzausschusses zu dem Etat des Abseams.

Stadtverordneter Demmer macht darauf aufmerksam, daß trotz des erheblichen Rückgangs der Einnahmen die Gehälter der Beamten des Abseams immer noch in die Höhe gehen. Vielleicht könne man auch hier an Beamtenmaterial sparen. Fraglich sei es vor allem, ob der Abseamdirektor überhaupt noch notwendig sei; er sei der Meinung, daß dieser Posten überflüssig wäre. Man sollte den Abseamdirektor anderswo unterbringen. Der Herr werde sich allerdings seines Kasernenhofes wegen anderen Verwaltungszweigen nicht gut einfügen, die Stadt könne ihn ja vielleicht als Gendarmereioffizier dem Staat billig abgeben.

Weigeordneter Travers erwidert, es seien bereits 14 bis 16 Abseambeamten in anderen Verwaltungen untergebracht worden. Daß die Gehälter trotzdem gestiegen sind, liege an der Normalsteigerung, die der Besoldungsplan vorsehe. Im Jahre 1915 werde die Verabfassung vermindert werden; die Abseamdeputation werde überlegen, in welcher Weise dann das Personal herabgesetzt werden kann. Daß der Abseamdirektor als solcher nicht vollständig beschäftigt sei, stehe fest, man habe sich bemüht, ihm noch andere Arbeiten zuzuwenden. Herauszuheben könne man ihn nicht, da er auf Lebenszeit angestellt sei.

Stadtverordneter Hartmann stellt den Antrag: „Die Stadtverordneten-Versammlung gibt dem Magistrat anheim, eine Sachverständigen-Kommission einzusetzen und mit der Prüfung der Frage zu betrauen, in welcher Weise sich eine anderweitige Organisation der Verwaltung ermöglichen läßt, um eine Einschränkung des Schreibwesens und des Personals zu erzielen.“

Oberbürgermeister Gläffing wendet sich gegen die Annahme des Antrags, den er als zwecklos bezeichnet, da die Fragen, welche von der Kommission geprüft werden sollten, lediglich von den Degenerenten der Verwaltungszweige beurteilt werden könnten. Er habe schon verschiedentlich aus einandergeheft, daß sich die Verwaltung mit der

Neuorganisation der Beamten

beschäftigt; erst im letzten Jahre seien infolge dieser Organisationsbestrebungen bei der Bauverwaltung 22.000 M. Ersparnisse erzielt worden. Außerdem würden Ersparnisse erzielt durch die Umorganisation der Steuerklasse und der Hauptklasse. In den letzten Jahren sei kein neuer Beamter mehr angestellt worden; darin möge man den festen Willen des Magistrats erblicken, nicht zu viel Beamte anzustellen. Der Magistrat könne nur das eine Prinzip verfolgen, freizubekommen und nicht unbedingt notwendige Stellen nicht mehr zu besetzen; für die Beamten sei das freilich schmerzhaft; es verhindere das Abwärtstreten, er könne ihnen aber leider nicht helfen.

Stadtverordneter Hartmann macht noch darauf aufmerksam, daß er nicht die Stadtverordneten-Versammlung, sondern den Magistrat mit der Zusammenfassung der Kommission beauftragen wolle, worauf Oberbürgermeister Gläffing erwidert, wenn ein solcher Antrag angenommen werde, so heißt das — und die Öffentlichkeit faßt es nicht anders auf —, daß der Magistrat auf diesem Gebiet nicht genug getan hat. Das muß entschieden bestritten werden. — Stadtverordneter Hartmann besteht nicht auf der Abstimmung über seinen Antrag. Der Etat der Abseamverwaltung wird darauf genehmigt.

Stadtverordneter Burruder berichtet zu dem Etat der Wachmehrschen Nachschubverwaltung, der glatt genehmigt wird.

Den Bericht zu dem

Etat der Abseamverwaltung

trägt Stadtverordneter Häffner vor. Der Ausschuss empfiehlt die Genehmigung des Etats, er empfiehlt aber ferner dem Magistrat, den Rabatt aufzugeben, der den Inhabern von

Kurtaxkarten im Kaiser-Friedrich-Bad gewährt wird, zum mindesten aber, wenn es sich um Thermo-Bäder handelt. Die Bäderpreise seien in diesem vornehmen Hause im Vergleich zu den städtischen Badehäusern anderer Kurorte erstaunlich niedrig. Zudem werde den Einwohnern der Stadt auch kein Rabatt gewährt, und was diesen recht sei, müsse den Kurgästen billig sein.

Stadtverordneter v. Dreißing spricht sich für Befreiung des Bedienungsgeldes aus, das lieber auf die Badelarten geschlagen werden solle. — Stadtrat Kraft teilt mit, diesem Wunsch sei bereits Rechnung getragen worden, indem die Bedienungsgelder in der letzten Zeit gestiegen worden seien. — Stadtverordneter Demmer wundert sich darüber, daß trotzdem 22.000 M. Bedienungsgelder im Etat stehen. Vom Magistrat wird erwidert, daß die Steigerung der Bedienungsgelder nachträglich geschehen sei. — Stadtverordneter Demmer bemerkt, das hätte der Stadtverordneten-Versammlung mitgeteilt werden müssen. Weiter führt er aus, die Zuschüsse zu den Volksbrausebädern seien von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Vielleicht sei es möglich, die Volksbrausebäder Samstagnachmittags von 4 Uhr an für Schulkinder zu sperren, um sie für den gerade in den Samstagnachmittagsstunden besonders starken Andrang der Arbeiterschaft freizuhalten. — Stadtrat Kraft erklärt, eine Tarifserhöhung sei für einzelne Bäder des Kaiser-Friedrich-Bads bereits eingetreten. — Oberbürgermeister Gläffing sagt Erwägung der Anregung des Stadtverordneten Demmer zu. Er gebe zu, daß die Bäderpreise des Kaiser-Friedrich-Bads außerordentlich billig seien, aber gerade diejenigen, die diese Preise für zu niedrig halten, nehmen noch niedrigere Preise. Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß es wünschenswert sei, wenn eine Reihe von Hotels niedrige Bäderpreise habe, und zwar mit Rücksicht darauf, daß auch Kurgäste nach Wiesbaden kommen, die nicht die höchsten Preise bezahlen können. Die Stadt dürfe ihre Preise niemals so hoch stellen, daß ihr die guten Hotels, die sehr gute Badeeinrichtungen haben, zu scharfer Konkurrenz machen. Kaufmännisch richtig wäre es gewiß nicht, höhere Preise zu nehmen als die guten Hotels, da das Kaiser-Friedrich-Bad als gewerblicher Betrieb eine Rente bringen muß. — Stadtverordneter Varnier fragt, ob der Entwurf des Voranschlags noch mehr Posten enthalte, die nicht zu treffend seien. — Oberbürgermeister Gläffing erwidert, man sei nicht berechtigt, von dem einen Fall allgemeine Schlüsse zu ziehen. — Stadtverordneter Varnier führt aus, die billigen Bäderpreise kämen von den Badehäusern her, die sehr wohl in der Lage seien, sie in die Höhe zu setzen, was sehr wünschenswert wäre. Die Fremden, die in großen Hotels wohnen, besuchten das Kaiser-Friedrich-Bad doch nicht. Das Publikum sei heute so vermehrt, daß es die Bäder am liebsten neben dem Schlafzimmer habe. Der Redner ist überhaupt der Ansicht, daß

das Kaiser-Friedrich-Bad seinen Höhepunkt erreicht

hat, wenigstens was die Thermo-Bäder angeht. Bei den medizinischen Bädern möge später vielleicht eine bessere Rentabilität herauskommen. — Stadtverordneter Sanitätsrat Friedländer meint, wer die Entwicklung des Kaiser-Friedrich-Bads während des ersten Jahres verfolgte, wird konstatiert haben, daß in der Zeit vom Mai bis Juni das Maximum erreicht worden ist, während in den anderen Monaten eine Steigung entsprechend der Zunahme der Fremdenfrequenz möglich sei. Das Bondest werde von den Kurgästen sehr geschätzt. — Nachdem Stadtverordneter Häffner noch darauf hingewiesen hat, daß die Hotels alle höhere Preise berechnen, als das Kaiser-Friedrich-Bad, wird der Etat der Badverwaltung ebenfalls genehmigt.

Die Berichte zu dem Etat der Kurfondsverwaltung und der Kurverwaltung trägt ebenfalls Stadtverordneter Burruder vor. Beide Etats werden genehmigt. — Die Verichterstattung zu dem Etat des Verkehrs-bureaus, des Kurtaxbureaus und des „Wadeblatts“ hat wieder Stadtverordneter Häffner übernommen. Der Referent teilt mit, Verkehrsdirektor Kesselring habe im Finanzausschuß vorgeschlagen, eine

Verlängerung der Kurtaxkarten

um 5 Tage einzuführen, da die Fremden sehr oft verärgert weggingen, wenn sie einige Tage über die bezahlte Zeit hinaus hierbleiben wollen, das aber nicht können, ohne eine neue Karte zu lösen. Der Finanzausschuß sei der Ansicht, daß es nicht im Interesse der Stadt liege, wenn die Fremden ungünstig über Wiesbaden urteilten, er empfehle daher den Vorschlag. — Weigeordneter Vornmann bezieht es als ungewöhnlich, daß in dem Bericht des Finanzausschusses der Antrag eines Degenerenten zum Ausdruck komme. Der Magistrat habe beschlossen, den Antrag abzulehnen. — Stadtverordneter v. Dreißing fragt, ob der Magistrat von den 73.000 M., die für das Verkehrs-Bureau eingestellt seien, nicht 5000 M. für die Verwaltung von Ärzten reservieren könne. Das sei doch die beste Kasse. — Weigeordneter Vornmann entgegnet, gerade wissenschaftliche Kongresse ständen auf dem Standpunkt, derartige Verwaltungen durch die Städte seien nicht erwünscht. — Oberbürgermeister Gläffing faßt ergänzend hinzu, daß der preussische Stadtrat direkt aufgefördert hat, die Verwaltung von Kongressen und ausländischen Reisegeellschaften zu unterlassen. Im vorigen Jahr sei es hier vorgekommen, daß der Manager einer Gesellschaft, die Gott weiß woher kam, bei der Verwaltung im Kurhaus meinte: „Da draußen stehen noch ein paar Leibes, können die nicht vielleicht auch mitessen?“

Die Ladies waren Damen aus Wiesbaden! (Große Heiterkeit.) Zur Frage der Verlängerung der Kurtaxkarten meint der Oberbürgermeister, in demselben Moment, wo man die Kurtaxkarten einführen, werde sich ein Unfall von einigen tausend Mark ergeben. — Stadtverordneter Vorn hält eine Änderung in der Erhebung der Kurtaxe wenigstens angebracht, so weit die stille Winterzeit in Betracht komme. — Stadtverordneter Dr. Dreyer erklärt, es sei

eine Pflicht des Finanzausschusses

auf Verbesserungen hinzuweisen, auf die er aufmerksam gemacht werde. Das habe er auch in diesem Fall getan, indem er dem Magistrat die Sache zur nachmöglichen Erwägung anheimgab. — Weigeordneter Vornmann stellt fest, daß ihm nichts ferner gelegen habe, als dem Finanzausschuß einen Vorwurf zu machen. Er habe sich nur dagegen geäußert, daß in dem Bericht die Meinung eines städtischen Beamten zum Ausdruck komme. Seines Erachtens dürfte der Verkehrsdirektor seinen Vorschlag dem Finanzausschuß nicht mehr unterbreiten; der Beschluß des Magistrats hatte ihm die Nichtachtung für sein Verhalten im Finanzausschuß gegeben. — Stadtverordneter v. Dreißing erklärt, er habe bei seinem Vorschlag natürlich nicht daran gedacht, daß Amerikaner und Australier bewirtet werden sollten. — Stadtverordneter Häffner nimmt den Verkehrsdirektor in Schutz, der lediglich auf die

Frage nach den Klagen der Kurfremden geantwortet habe. — Oberbürgermeister Gläffing macht darauf aufmerksam, daß der Magistrat schon vor 2 Jahren die Verfügung erlassen hat, daß wegen einer zweiwöchigen Überschreitung der Kurlage die Fremden keine Karten nachzulassen brauchen. Eine Klasse Leute können hierher, die sich überhaupt nicht anmelden, deshalb wäre die

Meldepflicht der Hotelbesitzer gegenüber der Stadt eine Notwendigkeit. Selbstverständlich würden die Hotelbesitzer nur bei schuldhaftem Verhalten bei etwaiger Nichtanmeldung von Fremden in Anspruch genommen. Zur Sicherung der Kurlage müßten unbedingt zum Kommunalabgabengesetz Bestimmungen erlassen werden. Besteht ein Gesetz, dann muß es auch gerecht ausgeführt werden; es darf keine Lücken lassen, durch die viele Leute durchschlüpfen können. Wenn dafür gesorgt wird, daß die Kurlage nicht hinterzogen werden kann, so liegt das gerade im Interesse der besseren Hotels, die keine Fremden unangemeldet lassen. Der Oberbürgermeister verweist auf einen Schweizer Kurort, in dem die Hotelbesitzer selbst die Meldepflicht der Fremden zur Kurlage eingeführt haben und jeden Verstoß eines Kollegen mit dem Verlust der Mitgliedschaft bestrafen, der insofern auch wirtschaftliche Nachteile hat, als der Ausgeschlossene nicht mehr an den Vergünstigungen des gemeinschaftlichen Warenbezugs teilnehmen kann. Die Stadt könne wenigstens verlangen,

daß aus den Kreisen der Hotelbesitzer keine Eingabe gegen die Kurlage an die Königl. Regierung gerichtet werde, wie das letzter geschehen sei. (Beifall.) — Stadtverordneter Häfner meint, die Stadt sollte ein Ortsstatut einführen; sehr gefährlich sei es, wenn die Hotelbesitzer für den Eingang der Kurlage hafter gemacht würden. — Stadtverordneter Fink warnt vor weiterer Ermäßigung der Kurlage, die schon vor 10 Jahren hätte eingeführt werden sollen. Dann hätte man den anderen Verwaltungszweigen etwas zuweisen können, die heute über ungenügend Mittel klagen. — Die Stadt der drei Zweigverwaltungen wurden darauf genehmigt, ebenso wie die der Leihhausverwaltung und Schlachthofverwaltung, zu denen Stadtverordneter Ochs Bericht erstattete, sowie der der Museumsverwaltung, zu dem Stadtverordneter Wolff berichtet.

Über die Prüfung des
Statts der Wasser- und Lichtwerke
referiert Stadtverordneter Dr. Dürerhoff. Diese Werke werden auch diesmal wieder namhafte Überschüsse ab, so das Elektrizitätswerk 1 011 884 M. 66 Pf. (gegen das Vorjahr mehr 120 112 M. 45 Pf.), das Gaswerk 636 630 M. 71 Pf. (31 670 M. weniger) und das Wasserwerk 270 143 M. 71 Pf. (31 422 M. 84 Pf. weniger).

Stadtverordneter Demmer: Wir betrachten das Elektrizitätswerk als verbundene Anlage, aber im Interesse der Bürgerlichkeit geschaffen, so daß der Strom so billig wie möglich geliefert werden muß. Wenn so horrenden Überschüsse gemacht würden, müßte auch mehr im Interesse der Arbeiterchaft geschehen, doch die Arbeitszeit, wie sie das Gas- und Elektrizitätswerk eingeführt, entspreche nicht einmal den vom Magistrat getroffenen Bestimmungen. Das Elektrizitätswerk habe sie eingeführt, aber wieder abgeschafft, weil sie das Gaswerk nicht eingeführt habe. — Auf eine Anregung des Stadtverordneters Hartmann, die Anstellungsbüro zu ermäßigen, erwidert Stadtverordneter Dr. Dürerhoff, dies sei ein Punkt, der näher geprüft werden müsse. — Stadtrat Schulte bemerkt zu den Ausführungen des Stadtverordneten Demmer, über die Auslegung der Arbeitsbestimmungen seien zwischen den beiden Werken Mißverständnisse entstanden. Die Annahme, als ob die Werke die Löhne hätten, den Gewinn durch Drücken der Löhne zu steigern, sei durch nichts begründet. Im Gegenteil, die Wasser- und Lichtwerke seien die ersten gewesen, die den Tarif eingeführt hätten, bei ihnen gäbe es wenig Veranlassung zu Klagen. — Stadtverordneter Demmer bleibt dabei, daß die beschlossene Vergünstigung der Bezahlung der Arbeitszeit um 1/4 Stunde nicht zur Geltung komme. Es sollte eben das Letzte herausgeholt werden zum Schaden der Arbeiter. — Bürgermeister Travers bemerkt noch, daß die Mittagspause um 5 Minuten verlängert worden sei. Stadtverordneter Demmer wirft ein, daß sei immer noch keine Aufklärung, wo die 1/4stündige Vergünstigung für die Arbeiter bleibe, worauf Bürgermeister Travers erwidert: Sie wachen sich die 1/4 Stunde lang. (Stadtverordneter Demmer: Davon haben sie aber nichts!) (Heiterkeit.) — Stadtverordneter Dr. Dürerhoff fügt seinem Bericht noch hinzu, der Ausschuss empfehle, um den Abzug von Koch- und Heizgas zu vergrößern, möge die Deputation eine Herabsetzung des Preises in Erwägung ziehen.

Darauf wird der Etat unbeschadet genehmigt.
Stadtverordneter Mag. Müller referiert namens des Finanzausschusses über den

Etat des städtischen Krankenhauses.
Darin ist eine Erhöhung des Tarifs vorgesehen, wogu der Finanzausschuss im vorigen Jahr die Anregung gegeben hat, und zwar mit Rücksicht auf die Preissteigerung. Die Verpflegungssätze werden wie folgt erhöht: in der 1. Klasse von 8 auf 10 M. für Einheimische und von 10 auf 12 M. für Fremde, in der 2. Klasse von 5 auf 6 M. für Einheimische und von 6 auf 7 M. für Fremde, in der 3. Klasse allgemein um 25 Pf. Dazu wird bemerkt, in anderen Städten seien die Sätze wesentlich höher.

Stadtverordneter Gerhardt führt aus, auf die Preissteigerung könnten die Erhöhungen nicht zurückgeführt werden, denn die wirklichen Ausgaben betrügen nur 1 M. 26 Pf. Daß man dem Krankenhaus Einnahmen weggenommen, die es früher gehabt, wie die Überschüsse aus dem „Schönenhof“ und dem Gemeindefest sowie dem Dienstbotenabonnement, zusammen 60 000 M., das sei der eigentliche Grund. Sodann müsse er seine Bemerkung über die Dienstzeit der Portiers dahin richtigstellen, daß diese nicht 12, sondern 24 Stunden ununterbrochen Dienst haben. Demgegenüber genüge wohl die Anregung, einen dritten Portier anzustellen. Rechner empfiehlt jedoch, die Beschaffung eines Krankenautos in Erwägung zu ziehen. Wenn irgend wo in der städtischen Verwaltung, sei ein Automobil hier notwendig.

Bürgermeister Travers erwidert, der Magistrat sei gern bereit, der Portierfrage näherzutreten. Zur einhebenden Prüfung des Wirtschaftsbetriebs solle eine Organisation geschaffen werden. Das pathologische Institut sei die Trägerin wissenschaftlicher Forschung; hier werde die Probe auf das Exempel gemacht. Sein Name sei weit über Wiesbaden hinaus bekannt. Man sollte dazu übergehen, die medizinische Untersuchungsstelle, die früher hier gewesen, vom Staat aber nach Koblenz verlegt worden, durch eine Einrichtung zu ersetzen, die mit dem pathologischen Institut in Verbindung gebracht werden könne. Die Ärzteschaft lege großen Wert darauf. In dem erwähnten

Satz von 1 M. 26 Pf. seien nicht berücksichtigt die Zulagen für die Kranken; in der Tat seien die Ausgaben für Verpflegung ganz kolossal. Dazu kämen noch die Kosten für Ärzte, Pflege- und Dienstpersonal usw. Rahgebend für die Erhöhung sei nicht der Einnahmeausfall gewesen, sondern die Rücksichtnahme auf die anderen Krankenhäuser. Diese hätten darauf bestanden, den Satz für die Krankenklasse um 50 Pf. zu erhöhen, der Magistrat sei aber nur bis zu 25 Pf. gegangen. Die Krankenklasse stehe sich dabei noch günstiger wie die Armenverwaltung. Ihre Einnahmen pro Jahr etwa 60 000 M. zugute. Es sei unerfreulich, einen Pflegeplatz erhöhen zu müssen, aber hier sei es ein dringendes Erfordernis gewesen. Die aufgeworfene Frage der Errichtung eines

Sanatoriums für Lungenkranke
werde im Auge behalten. Es biete sich vielleicht die Möglichkeit, ein solches im Anschluß an das Siechenhaus oder eine andere Anstalt zu errichten. Der Pavillon 1 sei jetzt ganz besonders nach modernen Anschauungen eingerichtet und diene nur als Aufnahme- und Pflegeanstalt für Lungenkranke.

Stadtverordneter Gerhardt begründet diese Ausführungen. Die anderen Krankenhäuser hätten selbst nicht den Mut, den Tarif zu erhöhen, sie schoben das städtische Krankenhaus vor, doch dieses habe gar keine Veranlassung, sich schieben zu lassen. Das pathologische wie das bakteriologische Institut seien notwendig. Das letztere sei jedenfalls nach Koblenz verlegt worden aus dem Gedanken heraus, die reiche Stadt Wiesbaden könne sich selbst ein solches zulegen. Die Ärzte hätten das größte Interesse daran, und darum sollten sie auch Opfer dafür bringen. Anderen Berufen würden auch keine Werkstätten von der Stadt gestellt.

Bürgermeister Travers bemerkt noch, die Stadt hätte ein Interesse daran, die anderen Krankenhäuser leistungsfähig zu erhalten. Sie leisteten Bedeutendes und würden von tüchtigen Ärzten geleitet. Nicht die Ärzte, sondern die Patienten sollten die Untersuchungen bezahlen, so weit sie dazu in der Lage seien. Es solle denn auch ein Tarif eingeführt werden, um solche Leute zur Kostendeckung heranzuziehen.

Damit ist die Diskussion beendet und der Etat des städtischen Krankenhauses, der einen **Bedarfsauschuss von 255 700 M.** vorsieht, wird genehmigt.

Die Stadt der Zweigverwaltungen sind damit erledigt und es werden nunmehr die bereits mitgeteilten Anträge des Finanzausschusses auf Genehmigung der Stats der ordentlichen und außerordentlichen Verwaltung angenommen.

Stadtverordneter Schweisguth erklärt, Verwahrung gegen den verlesenen Vorwurf einlegen zu müssen, den er in den Bemerkungen des Oberbürgermeisters über die Eingabe des „Vereins der Hotel- und Badhausbesitzer“ an die Königl. Regierung gegen einen Beschluß des Magistrats in der Kurlagefrage erblickt. Er und die anderen Stadtverordneten aus der Hotelbranche seien nebenher noch Steuerzahler und hätten das Recht, eine solche Eingabe mitunterzeichnen. Die Hotelindustrie sei auch wichtig genug, auf das aufmerksam machen zu können, was sie für schädlich halte, und dazu gehöre die Methode, die Fremden vom ersten Tage an zu besteuern.

Oberbürgermeister Gläffing erwidert, er habe keinen verlesenen Vorwurf erhoben. Als oberster Leiter der Verwaltung müsse er es möglich empfinden, wenn Stadtverordnete sich an den Regierungspräsidenten wendeten mit einer Beschwerde gegen eine Maßnahme des Magistrats. Es sei hier Mode geworden, die Regierung als obere Behörde zu betrachten und sich an sie zu wenden mit Beschwerden gegen den Magistrat. Davon sollte der Bürger, schon im Interesse der Selbstverwaltung, nur in den schwerwiegendsten Fällen Gebrauch machen und wenn er gar nicht anders könne. (Zustimmung.) Wenn sich die Hotelbesitzer vor Abendung ihrer Eingabe informiert hätten beim Magistrat, würden sie wahrscheinlich erfahren haben, daß die Bestimmungen nicht in rigoroser Weise ausgelegt würden. Der Oberbürgermeister komme in eine missliche Lage, wenn Stadtverordnete sich in der Weise beschwerten. In solchem Vorgehen liege auch die Gefahr, der Königl. Regierung zu suggerieren, daß sie mehr Rechte habe, als ihr tatsächlich der Selbstverwaltung gegenüber zukomme. (Lebhafte Zustimmung.)

Stadtverordneter Schweisguth bemerkt noch, es habe sich gar nicht um eine Beschwerde, sondern um eine Antwort auf die Eingabe des Magistrats, die vorher abgesandt worden, gehandelt.

Oberbürgermeister Gläffing betont noch, daß gerade die Kurindustrie keinen Anlaß habe, sich zu beschweren, er sei nicht unbedeutend, wenn er sage, daß in seiner Zeit so viel geschehen sei für diese, wie unter seiner Leitung.

Ergänzend sei dem Bericht in der heutigen Morgen-Ausgabe über die Ausführungen zur Fondshöhe der Aufstellung von Armenstätten hinzugefügt, daß Beigeordneter Vörmann erklärte, Armenstütte würden überhaupt nicht von der Armenverwaltung, sondern vom Steuerbureau ausgestellt, an dessen Spitze ein älterer Beamter stehe, der verpflichtet sei, die Atteste selbst auszustellen. Der Beamte frage lediglich, um welches Objekt es sich handelt usw., und stellt dann an Hand der Steuerarten die Verhältnisse des Armen fest. Der Entwurf des Attestes wird dann dem Dezernenten der Armenverwaltung vorgelegt, der darüber zu entscheiden hat, ob dem Gesuch stattgegeben werden kann oder nicht.

Auf einen Antrag des Stadtverordneten Baumbach, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit — es war inzwischen 7 Uhr geworden — die übrige Tagesordnung in 8 Tagen zu erledigen, wird auf Vorschlag des Vorsitzenden nicht eingegangen.

In den Verhandlungen fortsetzend, macht Beigeordneter Aörner davon Mitteilung, der neue Schulrat Dr. Aug. Müller unterliege, da er zugleich Kreischausinspektor sei, der Bestätigung der Königl. Regierung, die jetzt eingetroffen sei.

Auf Antrag des Finanzausschusses (Referent: Stadtverordneter Laeser) werden für den

Preis-Preis-Preis 1914,
bei dem Wiesbaden als Kontrollstation in Aussicht genommen ist, 3000 M. bewilligt.

Für den Umbau der Sonnenberger Straße vor dem „Hotel Wilhelma“, gelegentlich der Geleiseverlegung, werden auf Antrag des Finanzausschusses (Referent: Stadtverordneter Schwank) 4000 M. bewilligt. — Stadtverordneter Demmer wiederholt seinen in dem Ausschuss gestellten Antrag, zugleich das Gasplaster in der Wilhelmstraße vor dem Kaiser-Friedrich-Denkmal zu erneuern und dafür 9000

Mark zu bewilligen. — Stadtrat Klett wendet dagegen ein, daß mit der Erneuerung dieses Straßenteils noch 3 bis 4 Jahre gewartet werden könne. — Stadtverordneter v. G. ist dagegen der Ansicht, es handle sich hier um den allerhöchsten Platz von Wiesbaden; hier könne das schlechte Pflaster nicht länger bleiben. Sonst müßte man noch mehrere Jahre ununterbrochen ausbessern. — Stadtverordneter Demmer bemerkt noch, die Arbeiten würden doch nach dem Osten fertig und finanzielle Bedenken könnten dem Antrag nicht entgegenstehen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen, ebenso der Antrag Demmer.

Der Ankauf eines Grundstücks an der Friedenstraße von den Erben Feig, 210 Ruten, die Rute zu 50 M., zusammen 10 500 M., wird auf Antrag des Finanzausschusses (Referent: Stadtverordneter Wolff) genehmigt.

Mit der Umwandlung einer Elementarlehrerstelle an der Schule an der Rheinstraße in eine Mittelschullehrerstelle erklärt sich das Kollegium auf Antrag des Organisationsausschusses (Referent: Stadtverordneter Gerhardt) einverstanden.

Der Verkauf einer städtischen Grundfläche an der oberen Kapellenstraße (bei Demmin's Hof), 3 Ruten 68 Schuh, zum Preis von 1840 M. (die Rute) an Herrn H. Heinhmann hier wird genehmigt, ebenso der Verkauf von 12 Ruten an der Vierstädter Straße, zwischen Fichte- und Kirchbachstraße, zum Preis von 500 M. die Rute an Frau Dr. Rade zu Berlin-Schöneberg (Referent: Stadtverordneter Schweisguth).

Zur Errichtung eines Doppelhäuschens für den Verkauf von Zeitungen und biblischen Schriften in der oberen Wilhelmstraße werden auf Antrag des Bauausschusses (Referent: Stadtverordneter Hildner) 3050 M. bewilligt. Die vorhandenen Häuschen, die das Straßenbild verunstalten, werden entfernt. Das neue Häuschen kommt neben die Kolonnade zu stehen. Der Rasen wird auf die Straße oberhalb der Kolonnade bis an die Bäume vorgezogen und damit der Kiesstreifen beseitigt.

In den Normaleinheitspreisen für Straßenbauten hat sich nichts Wesentliches geändert. Der neue Tarif wird auf Antrag des Bauausschusses (Referent: Stadtverordneter Hildner) genehmigt.

Maurermeister Riß führt Beschwerde gegen die Vergütung der Maurerarbeiten für den Neubau der Volksschule an der Bahnstraße, weil ihm, obwohl er der Mindestfordernde gewesen, der Zuschlag nicht erteilt wurde. Der Magistrat hat keinen Grund gefunden, dem Beschluß der Hochbaudeputation entgegenzutreten. Der Organisationsausschuss (Referent: Stadtverordneter Rade) hat ebenfalls die Sache eingehend geprüft und ist zu dem Antrag gelangt, über die Beschwerde zur Tagesordnung überzugehen. Nach Besprechung der Angelegenheit, an der sich die Stadtverordneten Fink, Dr. Alberti, Demmer, Hansohn, Hildner und Stadtrat Hees beteiligen, wird auf ein näheres Eingehen auf die Gründe, weshalb Riß die Arbeit nicht übertragen wurde, als in öffentlicher Sitzung ungeeignet, vorerst verzichtet und die Weiterberatung bis zur nächsten Sitzung verlagert. Herr Riß selbst, so meinte der Vorsitzende, könne sich dann überlegen, ob er seine Beschwerde aufrechterhalten wolle. In der Debatte wurde auch erwähnt, Riß führe die Ablehnung seines Angebots auf die persönliche Animosität von Beamten des Bauamts gegen ihn zurück.

Herr Gläffing führt auf sein Gesuch von dem Amt als stellvertretendes Mitglied der Einkommensteuer-Voreinschätzungskommission ein und an seiner Stelle Stadtverordneter v. Dreising gewählt. Als weiteres stellvertretendes Mitglied dieser Kommission wird Stadtverordneter Horn neugewählt.

Die weiteren Vorlagen werden den zuständigen Ausschüssen zur Vorprüfung überwiesen.
Schluß 1/8 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Der Neubau des Militärkabinetts in der Budgetkommission des Reichstags.

S. Berlin, 21. März. (Eig. Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags erklärte der preussische Kriegsminister, andere militärische Behörden hätten augenblicklich kein so dringendes Bedürfnis an einem Neubau wie gerade das Militärkabinett, auch sei der bisherige Bau auf die Bedürfnisse eben dieser Behörde zugeschnitten. In der Frage der Verlegung des Budgetrechts glaube er versichern zu können, daß die demaligen verantwortlichen Stellen nicht die Absicht einer Umgehung hätten. Unter seiner Amtsführung — das könne er wohl sagen — wäre eine Umgehung nicht vorgekommen. (Beifall.) Er wünsche jetzt das Optionsrecht auszuüben und bitte, den Regierungen zu helfen, daß sie aus dieser Lage herauskommen. Inzwischen war ein fortschrittlicher Antrag eingegangen, der den einschlägigen Titel im Etat für die Verwaltung des Reichsheeres freizugeben und dafür im Etat des Reichsschatzamtes zweieinhalb Millionen Mark zum Erwerb des Grundstücks Viktorialstraße 34 in Berlin als erste Rate für den Grundstücksverkauf, Grundbesitzer, die Schuldzinsen und die übrigen Kosten einzahlen will. Außerdem bestimmt der Antrag, daß die Zweckbestimmung des Grundstücks späterer Beschlußfassung vorbehalten sein soll, zu der die Zustimmung des Reichstags eingeholen sei; ferner, daß die Verwaltung jedoch ermächtigt sein soll, das Grundstück an Dritte zu veräußern, falls mindestens der Selbstkostenpreis erzielt werde. Ein nationalliberaler Antrag ersucht den Reichstagspräsidenten um beschleunigte Vorlegung eines Reichswirtschaftsgesetzes. Nach längerer Debatte wurden die fortschrittlichen Anträge teils einstimmig, teils mit großer Mehrheit angenommen, der nationalliberale Antrag, betreffend das Reichswirtschaftsgesetz, mit allen gegen die konservativen Stimmen. — Die Kommission erledigte sodann den Etat des Reichsschatzamtes. Ein Zentrumsantrag, der die Vorlegung einer Novelle, betreffend die Bezüge der Kriegsveteranen verlangte, wurde einstimmig angenommen. Das Etatsgesetz soll ohne Kommissionsberatung im Plenum erledigt werden. Am Dienstag beginnt die Kommission mit der Beratung der auswärtigen Politik.

Ministerwechsel?

¶ Berlin, 21. März. (Eig. Drahtbericht.) Als Kandidaten für den Posten des Ministers des Innern, der durch die Berufung des Herrn v. Dallwitz nach Straßburg frei würde, wird in politischen Kreisen

neben dem Oberpräsidenten v. Windheim auch der Kultusminister v. Trott zu Solz genannt, der freilich bei den Konservativen nicht ganz so beliebt ist wie Herr v. Taltow, der Schuttpatzen des Herrn Dr. jur. v. Jagow, sein dürfte. Wenn Herr v. Trott zu Solz, Minister des Innern werden sollte, so soll ihn als Kultusminister der Oberpräsident von Posen, Herr v. Schwarzkopff, erleben.

Die Osterferien des Reichstags.

S. Berlin, 21. März. (Eig. Drahtbericht) Die Absicht, den Reichstag schon am kommenden Dienstag in die Osterferien gehen zu lassen, ist bereits wieder aufgegeben worden. Der Gedanke war nämlich von der Rechten und dem Zentrum propagiert worden. Gestern Abend haben aber Besprechungen der Parteiführer stattgefunden, in denen sich gegen eine so frühzeitige Verlegung und damit einer weiteren Verschleppung der Reichstagsarbeiten, insbesondere aus den Kreisen der liberalen Parteien und Sozialdemokraten, ein so lebhafter Widerstand geltend machte, daß es ausgeschlossen erscheinen muß, einen derartigen Antrag im Senatskomitee zur Annahme zu bringen. Seitens der Linken wurde, wie wir hören, insbesondere geltend gemacht, daß man es angeht, die Riesenfülle gesetzgeberischer Arbeiten, die noch rückständig ist, nicht verschieben würde, wenn der Reichstag sich Osterferien von mehr als fünf Wochen Dauer gönnen würde. Es wird demnach bei der Entscheidung des Senatskomitees bleiben und der Reichstag wird bestenfalls Freitag, den 27. d. M., in die Ferien gehen. Nur der Mittwoch kommender Woche wird als katholischer Feiertag feiertagsfrei bleiben.

Das italienische Ministerium Salandra.

Wb. Rom, 21. März. Das Ministerium hat sich folgendermaßen gebildet: Vorkriegs- und Inneres: Salandra, Äußeres: di San Giuliano, Kolonien: Martini, Justiz: Dadi, Finanzen: Ravara, Schatz: Rubini, Marine: Millo, Unterricht: Danco, Arbeiten: Giuffrè, Ackerbau: Cavasola, Post: Niccio. Die Minister haben heute früh dem König den Eid geleistet. Der Kriegsminister ist noch nicht endgültig bestimmt.

Die Homerule-Krise.

* London, 21. März. Gegen 1 Uhr morgens erschien Churchill beim Kriegsminister und hatte eine längere Konferenz, deren Ausgang noch unbekannt ist. Mit welcher Besorgnis man allgemein in die Zukunft blickt, geht daraus hervor, daß große Versicherungsgesellschaften, wie Lloyd u. a., sich geweigert haben, irgendwelche Versicherungen für Belfast abzuschließen. Die Versicherungsquoten für Abfälle im Hintergebiet erreichen eine unglaubliche Höhe. Sie sind in den letzten zwei Tagen um das Dreifache gestiegen.

Die bedrohliche Lage im Hintergebiet.

London, 21. März. (Eig. Drahtbericht) Die Lage in Irland hat sich außerordentlich verschärft. Das schlimmste System ist die heute gemeldete offene Verweigerung aktiver Offiziere, die in Irland in Garnison stehen, gegen Ulster ins Feld zu ziehen. Diese Offiziere haben um ihre sofortige Dienstentlassung nachgesucht. Auch zahlreiche Unteroffiziere haben jetzt in dieser kritischen Zeit ihren Abschied eingereicht. Die meisten dieser Fälle betreffen die Garnisonen von Carragh und speziell die dritte Kavalleriebrigade. Die Regierung hat fernerhin Vernehmen nach in der gestrigen Nacht-

führung praktische Maßnahmen gegen die Auflehnungsgelüste der britischen Offiziere beschlossen. In dem Ministerrat, der gestern früh einberufen wurde und nachts im Gebäude des Kriegsministeriums stattfand, bildete die im Gange befindliche Teilmobilisierung der Ulster-Streitkräfte den hauptsächlichsten Beratungsgegenstand. Die Regierung fährt fort, in dem beunruhigenden irischen Landesdistrikte erhebliche Truppenmassen aufzusammeln.

Zur Internierung deutscher Luftschiffe in Rußland.

Berlin, 21. März. (Eig. Drahtbericht) Wie die „Voss. Ztg.“ mitteilt, hat ein Freund des Ingenieurs Berliner gestern von diesem eine Postkarte erhalten mit der Mitteilung, daß Berliner sich bereits auf der Rückreise nach Deutschland befindet. Die Karte ist vom 1. März datiert, der Poststempel zeigt den 4. März russischen Stils, das ist der 17. März unserer Zeitrechnung. An Berliner amtlichen Stellen ist von einer Freilassung Berliner nichts bekannt.

Blutige Ereignisse bei dem Begräbnis des „Zigare“-Direktors.

XX Paris, 21. März. (Eig. Drahtbericht) Das Leichenbegängnis des „Zigare“-Direktors Calmette hat einen blutigen Abschluß gefunden. Unmittelbar, nachdem der Sarg beigesetzt war, zog eine Schar von Studenten und monarchistischen Parteigängern nach der Avenue de la Glich. Als aus einer einzelnen Gruppe der Ruf „Es lebe Caillaux!“ ertönte, erwiderten die Camelots du Roi mit dem Rufe „Nieder mit Caillaux!“. Es entstand eine furchtbare Schlägerei. Plötzlich brachte ein Schuß, den ein Polizeikommissar abgegeben hatte, die Menge drang einem Manifestanten in den Unterleib. Das erlöschte die Manifestanten so, daß sie sich auf den Polizeikommissar stürzten und ihn bald tot prügten. Ritten im wilden Tumult kam der Polizeipräsident und gab Befehl zur allgemeinen Räumung. Und nun entwickelte sich die Szene zu einer förmlichen Schlacht. Schließlich gelang es der Polizei, die Menge auseinanderzutreiben.

Ein neuer „Fall Hamm“.

Δ Graubenz, 21. März. (Eig. Drahtbericht) Ein Prozeß, der an den der Frau Hamm aus Pflandebach erinnert, wird in kurzem das Graubenzger Gericht beschäftigen. Vom Schwurgericht Graubenz war im Februar 1912 eine Frau Kieper aus Pflandebach wegen Vergiftung ihres Mannes zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Jetzt hat das Justizministerium das Wiederaufnahmeverfahren angeordnet. Ein früherer Antrag, dieses Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten, war abgelehnt worden.

Das Zurückgehen des Rheinhochwassers.

Wb. Köln, 21. März. Der Wasserstand des Rheins ist abnehmend zurückgegangen. Die Schiffsahrt ist in vollem Umfange wieder aufgenommen. Der Pegel zeigte heute früh 10 Uhr 5.97 Meter. Mit den Arbeiten zur Wiederinstandsetzung der beiden Schiffsbrücken ist bereits begonnen worden.

* Kiel, 21. März. (Eig. Drahtbericht) Der Kreuzer „Königsberg“ geht am 15. April von Kiel nach Ostafrika ab.

In tiefsten Marinekreisen verlautet, daß der Kronprinz diesen Kreuzer für seinen Besuch in den afrikanischen Kolonien benutzen wird.

Wb. München, 21. März. In Starnberg verstarb im

Alter von 70 Jahren der frühere Direktor des bayerischen Nationalmuseums und Generalkonservator der Kunstdenkmäler und Altertümer Bayerns, Dr. Hugo Graf.

Handelsteil.

Berliner Börse.

S. Berlin, 21. März. (Eig. Drahtbericht) Auch heute nahm die Börse einen ruhigen Verlauf; wenn auch die Geschäftstätigkeit auf einzelnen Marktgebieten etwas lebhafter als gestern. Der Grundton charakterisierte sich im Gegensatz zu den Vortagen als freundlicher. Kanada sowie Baltimore-Ohio gewannen ca. 1 1/2 Proz. Die Kursbewegungen auf den übrigen Marktgebieten hielten sich unter 1 Proz. Schiffahrtsaktien neigten im Gegensatz zur allgemeinen Haltung zur Schwäche auf einen ungünstigen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ über die Lage der Schiffahrtsgesellschaften. Im späteren Verlaufe entwickelte sich ein lebhafter Verkehr am Elektrizitätsmarkt, wo speziell Edison und Schuckert auf Meinungskäufe erheblicher Kurse anzuheben vermochten. Auch sonst waren meist weitere leichte Kursbesserungen zu verzeichnen. Tägliches Geld 3 Proz. bis 2 1/2 Proz. Ultimo 5 Proz. und darunter. Die Sätze der Seehandlung sind unverändert. Privatkonto 3 1/2, bzw. 5 1/2 Proz. (gestern 3 1/2, bzw. 5 1/2 Proz.).

Frankfurter Börse.

= Frankfurt a. M., 21. März. (Eig. Drahtbericht) In geschäftlicher Beziehung bot die Börse auch am Wochenende dasselbe Bild, wie in den Vortagen. Das Geschäft hat eine Belebung erfahren und war anfangs vereinzelt schwächer, da von der Wiener Börse eine recht unbefriedigende Tendenz gemeldet wurde. Einen Rückhalt gab die günstige Verfassung des Geldmarktes und man hofft, daß auf Grund dieser Verhältnisse schließlich eine Belebung des Baumarktes eintreten müsse. Im Anschluß an New York wurden Baltimore und Ohio höher bezahlt. Österreichische Bahnen schwächten sich ab. Schiffahrtsaktien waren gut begehrt. Am Bankenmarkt herrschte Geschäftslage vor. Die Kurse der führenden Werte sind nur wenig verändert. Elektrowerte ruhig. Der befristende Geldmarkt kam dem Gehalt der Rentenwerte etwas zu staten, wenn auch sich die Geschäftstätigkeit etwas eingeschränkt hat. Heimische Anleihen gut begehrt. Mexikaner reserviert. Montanpapiere wiesen eine ziemlich feste Tendenz auf. Bochumer und Phönix-Bergbau sind gefragt. Die übrigen Werte waren nur wenig verändert. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung geteilt. Die Geschäftslage machte sich auch im weiteren Verlaufe bemerkbar. Die Börse schloß auf dem Gebiete der Elektrizitätspapiere bei fester Tendenz. Privatkonto 3 1/2, bzw. 5 1/2 Proz. (wie gestern).

Banken und Geldmarkt.

= Nassauische Landesbank. Die Direktion der Nassauischen Landesbank hat sich entschlossen, auch zu dem April-Anlagetermin die 4proz. Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank, Buchstabe Z, wieder zu einem Vorzugskurs von 98.50 Proz. (gegenüber einem Börsenkurs von 99 Proz.) abzugeben. Die Abgabe erfolgt bei sämtlichen Landesbankstellen und den Sammelstellen der Nassauischen Sparkasse sowie auch bei den Banken und Vorschauvereinen des Bezirks.

* Mitteldeutsche Creditbank, Frankfurt a. M. Die Bank eröffnet am 1. April in Frankfurt a. M. im Hause Hanauer Landstraße 1 eine Wechselstube.

* Landbank in Berlin. Es wurde beschlossen, von der Verteilung einer Dividende für 1913 abzusehen (i. V. 3 Proz.).

Industrie und Handel.

* Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch, A.-G. in Dortmund, beabsichtigt, ihr Aktienkapital um 8 auf 28 Mill. M. zu erhöhen.

* Die A.-G. Ludwig Loewe u. Co. in Berlin hatte unter der Ungunst der Verhältnisse erst in den letzten Monaten des Geschäftsjahres zu leiden, so daß der Gesamtumsatz nur wenig hinter den des Vorjahres zurückblieb. Der Fabrikationsgewinn einschließlich des Gewinnes aus Beteiligungen betrug 4.57 (3.67) Mill. M. Nach Abschreibungen von 2.07 (1.85) Mill. M. verbleibt ein Reingewinn von 1.71 (1.61) Mill. M. Hieraus soll wieder eine Dividende von 18 Proz. verteilt und 89.515 M. (88.175 M.) auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Gesellschaft wird mit dem Bau ihrer neuen Fabriken bereits in nächster Zeit beginnen und hofft, daß der Rückgang der Konjunktur keinen ungünstigen Einfluß auf die zukünftige Gestaltung der geschäftlichen Lage haben wird. Laut Plan beträgt das Effekten- und Beteiligungskonto 9.71 (9.40) Mill. M., Fabrikate 6.72 (5.76) Mill. M., Debitoren inklusive 1.01 Mill. Mark 493.000 M., Bankguthaben 4.02 (4.30) Mill. M., Kreditoren betragen 2.42 (2.48) Mill. M.

* Schnellpressenfabrik Frankenthal. Für das am 31. März ablaufende Geschäftsjahr wird die Dividende wieder auf 16 Proz. geschätzt.

* Ein türkischer Staatsantrag für die Firma Holzmann. Der türkische Botschafter in Berlin hat die Firma Philipp Holzmann u. Co. in Frankfurt a. M. einen Kontrakt ab für den Bau einer etwa 100 Meter langen eisernen Brücke.

* Die Chemische Fabrik auf Aktien (vorm. E. Schering) in Berlin schlägt 15 Proz. (i. V. 13 Proz.) Dividende auf die Stammaktien vor.

* Ludwigshafener Wollmühle. Der Aufsichtsrat schlägt wieder 10 Proz. Dividende vor aus 870.992 M. (897.847 M.) Reingewinn.

Verkehrswesen.

w. Die Schiffahrtskonferenzen. London, 20. März. Eine Abordnung der britischen und Welton-Meer-Konferenz hat heute der Versammlung der internationalen Schiffahrtsvereinigung in London Vorschläge über die Stilllegung von Schiffen zwecks Verbesserung der Frachtsätze unterbreitet. Die Versammlung faßte einen Beschluß, der irgendeine Stellungnahme ablehnt, bis die konstituierende Versammlung befragt worden sei, und in welchem diese aufgefordert wird, die Vorschläge zu prüfen und darüber sobald als möglich Bericht zu erstatten. Die Abordnung hat ihrer Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß der Beschluß so weit ging, wie man bei dem Anfangsstadium der Dinge hätte erwarten können.

* Allgemeine Lokal- und Straßenbahn-A.-G. in Berlin. Der Reingewinn beträgt 2.220.245 M. (1.970.401 M.), woraus eine Dividende von 10 (9) Proz. vorgeschlagen wird.

w. Die Österreichisch-Ungarische Staatsbahnen-Gesellschaft erzielt einen Bruttogewinn von 24.074.041 Kr., zuzüglich eines Gewinnvorrates aus dem Vorjahre von 4.781.883 Kr. Der Reingewinn beträgt 23.472.158 Kr. Es wird die Verteilung einer Gesamtdividende von 37 Fr. per Aktie vorgeschlagen. Der Gewinnvortrag beläuft sich auf 4.883.260 Kr.

Versicherungswesen.

= Nassauische Lebensversicherungsanstalt. Bei der mit der Nassauischen Landesbank verbundenen Lebensversicherungsanstalt sind bis zum 15. März, also bis zum Ablauf der

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

21. März, 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = sehr stark, 8 = Sturm, 9 = Orkan, 10 = heftiger Sturm.

Beob.-Station	Barom.	Windrichtung u. Stärke	Wetter	Therm. Cel.	Beob.-Station	Barom.	Windrichtung u. Stärke	Wetter	Therm. Cel.
Borkum	728.5	SW 4	wolkig	5	Soll	747.4	NW 5 halbbod.	5	8
Hamburg	711.5	SSW 4	Regen	7	Aberdeen	739.1	NNO 5	Regen	4
Swinemünde	714.5	SSO 4	wolkig	4	Paris	739.1	NNO 5	Regen	4
Mann	714.1	SSO 4	„	4	Vissingsen	748.5	NNO 4 halbbod.	4	6
Aachen	713.5	SW 3	heiter	3	Christiansand	745.5	SO 2	heiter	4
Hannover	712.5	W 5	bedeckt	3	Skagen	743.2	OSO 5	bedeckt	4
Berlin	713.7	SO 1	„	3	Kopenhagen	713.9	SO 7	Regen	4
Dresden	714.2	SI	„	3	Stockholm	735.8	N 4	bedeckt	2
Greifswald	714.7	SO 2	wolkig	3	Rapahowa	745.8	S 2	wolkig	11
Hetz	713.2	SW 4	„	3	Petersburg	747.1	OSO 1	Dunst	10
Frankfurt	715.0	SW 3	Dunst	3	Warschau	741.3	SO 2	bedeckt	4
Karlsruhe	715.1	SW 3	bedeckt	3	Wien	744.7	SS	Regen	8
München	716.1	W 2	Regen	3	Amsterdam	744.7	SS	Regen	8
Zugspitze	711.2	SS	Schnee	1	Florenz	744.7	SS	Regen	8
Valencia	713.8	NW 3	halbbod.	7	Seydisfjord	744.7	SS	Regen	8

Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Nass. Vereins für Naturkunde.

20. März	7 Uhr morgens	4 Uhr nachm.	9 Uhr abends	Mittel
Barometer auf 0° und Normalschwere	735.2	739.7	739.5	738.1
Barometer auf dem Meeresspiegel	745.4	749.6	749.4	748.1
Thermometer (Celcius)	4.5	8.6	7.2	7.2
Thermometer (Fahrenheit)	40.1	47.5	45.0	44.1
Thermometer (Fahrenheit)	54	70	60	61
Relative Feuchtigkeit (%)	85	84	75	81.7
Windrichtung und -stärke	SO 2	SO 1	SO 3	—
Niederschlagshöhe (mm)	0.2	0.7	0.7	—

Höchste Temperatur (Celcius) 9.5.

Niedrigste Temperatur -4.6.

Wettervorhersage für Sonntag, 22. März 1914.

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.
Abnehmende Bewölkung, trocken, tags mild, nachts kühl, südöstliche bis südliche Winde.

22 = Reklamen. = 22

Ihrer grauen Haare wegen verlieren Tausende jährlich ihre Stellung.

und doch kann auf einfache Weise grauem oder verblühtem Haar die ursprüngliche Farbe wieder gegeben werden.

Es ist eine bedauernde Tatsache, daß es Männern und Frauen mit grauem Haar fast unmöglich wird, eine Stellung zu finden, einerlei welche sonstige guten Eigenschaften sie auch aufweisen mögen; in Deutschland allein verlieren Tausende jährlich ihre Stellung bloß wegen grauen Haars. Und dabei wäre es ihnen vielleicht ganz leicht gewesen, die natürliche Farbe ihres Haars wiederherzustellen. Grobkörnige Reizele wurden da mit reinem Salazar erzielt; je nach dem vorliegenden Fall wurde graues Haar wieder blond, braun oder schwarz; zudem erwies sich sein Gebrauch auch als ausgezeichnet gegen Haarausfall, gegen Schuppen und zur Förderung des Haarwuchses. Wenn man Salazar auf die Haut reibt, dann hinterläßt es keine andere Spuren als Wasser; das zeigt, wie harmlos es ist. In jeder Apotheke oder größeren Drogerie kann man sich eine geeignete Menge davon für verhältnismäßig wenig Geld beschaffen. Vermeiden Sie die Anwendung gefährlicher Haarfärbemittel, besonders bleihaltiger, die den Haarnutzen schädlich sind und Haarausfall und Kahlwerden verursachen. Auch läßt sich gefärbtes Haar so leicht erkennen, was mitunter zu hässlichen Bemerkungen führt. Der ein- bis zweiwöchentliche Gebrauch erweist sich meistens als genügend zur Wiederherstellung der gemauerten ursprünglichen Haarfarbe.

F 184

ersten vier Monate seit der Eröffnung, 1500 Versicherungsträge mit über 5 Mill. M. Versicherungskapital eingegangen.

Weinbau und Weinhandel.

D. Bingen, 20. März. In der vorgestrigen Weinversteigerung von Kommerzienrat R. Avenarius, Weingutsbesitzer in Gau-Algesheim, Ingelheim und Ockenheim, gelangten 92 Nummern Weiß- und Rotweine zum Ausbebot. Die Versteigerung nahm in dicht besetzter Saale bei flotten Zuschlägen einen äußerst günstigen Verlauf und die Taxen wurden des öfteren weit überschritten. Erlöst wurde für die Weißweine: 24 Stück 1912er 530 bis 990 M., 8 Halbstück 1912er 440 bis 600 M. und 16 Halbstück 1911er 500 bis 1080 M. Die Rotweine brachten: 7 Halbstück 1912er Gau-Algesheimer 470 bis 790 M., 17 Halbstück 1912er Ingelheimer 510 bis 770 M. und 2 Viertelstück 1912er Ingelheimer 380 und 390 M.; 5 Halbstück 1911er Gau-Algesheimer 530 bis 830 M. und ein Viertelstück 1911er Gau-Algesheimer 500 M.; 15 Halbstück 1911er Ingelheimer 560 bis 1020 M. und 3 Viertelstück 1911er Ingelheimer 490 bis 710 M. Gesamterlös 65.450 M.

Marktberichte.

N. Frucht- und Wochenmarkt zu Mainz vom 20. März. Per 100 Kilogramm. Weizen, Pfälzer, 30 bis 20.80 M., Roggen, Pfälzer, 16.25 bis 16.75 M., Braugerste, Pfälzer, 16.50 bis 17.50 M., Futtergerste 12.50 bis 13.75 M., Hafer, inländischer, 17 bis 17.75 M., Wiesener 6 bis 6.50 M., Kleber 7 bis 7.50 M., Stroh, Flegeldrusch, 3.80 bis 4.50 M., Maschinendrusch 2.80 bis 2.90 M., Speisekartoffeln (Industrie) 4.25 bis 4.60 M. — Brotpreise nach Erklärung der Bäckerinnung: 2 Kilo gemischtes Brot 1. Sorte 60 Pf., 2 Kilo Schwarzbrot 2. Sorte 56 Pf., 1 1/2 Kilo Weißbrot, allgem. Preis, 76 Pf.

N. Mainzer Viehhol-Marktbericht vom 20. März. Preise für 100 Pfund. Ochsen: a) Lebendgewicht 52 bis 55 M., Schlachtgewicht 62 bis 94 M., b) Lebendgewicht 48 bis 51 M., Schlachtgewicht 87 bis 90 M., Färsen und Kühe: a) Lebendgewicht 47.50 bis 50.50 M., Schlachtgewicht 87 bis 80 M., b) Lebendgewicht 40.50 bis 41 M., Schlachtgewicht 72 bis 76 M., c) Lebendgewicht 36 bis 36.50 M., Schlachtgewicht 65 bis 69 M., d) Lebendgewicht 21 bis 30 M., Schlachtgewicht 48 bis 57 M., Kälber: a) Lebendgewicht 64 M., Schlachtgewicht 107 M., b) Lebendgewicht 61 bis 62 M., Schlachtgewicht 102 bis 106 M., Schweine: a) Lebendgewicht 51.50 bis 52 M., Schlachtgewicht 65 bis 66 M., b) Lebendgewicht 49.50 bis 51 M., Schlachtgewicht 65 bis 64 M., c) Lebendgewicht 50.50 bis 52 M., Schlachtgewicht 64 bis 66 M. — Fleischpreise nach freier Erklärung der Metzgerinnung: Ochsenfleisch pro Pfund 90 bis 96 Pf., Kuh- oder Rindfleisch 60 bis 90 Pf., Schweinefleisch 70 bis 90 Pf., Kalbfleisch 90 bis 100 Pf., Hammelfleisch 70 bis 100 Pf.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 14 Seiten und die Beilagen: „Der Landbote“.

Überreicht: H. Jägerhörn.

Seitenschrift für den politischen Teil: H. Jägerhörn; für den literarischen Teil: H. Jägerhörn; für den sportlichen Teil: H. Jägerhörn; für den wissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den künstlerischen Teil: H. Jägerhörn; für den technischen Teil: H. Jägerhörn; für den medizinischen Teil: H. Jägerhörn; für den juristischen Teil: H. Jägerhörn; für den historischen Teil: H. Jägerhörn; für den geographischen Teil: H. Jägerhörn; für den ethnographischen Teil: H. Jägerhörn; für den zoologischen Teil: H. Jägerhörn; für den botanischen Teil: H. Jägerhörn; für den mineralogischen Teil: H. Jägerhörn; für den geologischen Teil: H. Jägerhörn; für den meteorologischen Teil: H. Jägerhörn; für den astronomischen Teil: H. Jägerhörn; für den physikalischen Teil: H. Jägerhörn; für den chemischen Teil: H. Jägerhörn; für den biologischen Teil: H. Jägerhörn; für den psychologischen Teil: H. Jägerhörn; für den pädagogischen Teil: H. Jägerhörn; für den philosophischen Teil: H. Jägerhörn; für den theologischen Teil: H. Jägerhörn; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den medizinischen Teil: H. Jägerhörn; für den juristischen Teil: H. Jägerhörn; für den historischen Teil: H. Jägerhörn; für den geographischen Teil: H. Jägerhörn; für den ethnographischen Teil: H. Jägerhörn; für den zoologischen Teil: H. Jägerhörn; für den botanischen Teil: H. Jägerhörn; für den mineralogischen Teil: H. Jägerhörn; für den geologischen Teil: H. Jägerhörn; für den meteorologischen Teil: H. Jägerhörn; für den astronomischen Teil: H. Jägerhörn; für den physikalischen Teil: H. Jägerhörn; für den chemischen Teil: H. Jägerhörn; für den biologischen Teil: H. Jägerhörn; für den psychologischen Teil: H. Jägerhörn; für den pädagogischen Teil: H. Jägerhörn; für den philosophischen Teil: H. Jägerhörn; für den theologischen Teil: H. Jägerhörn; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den medizinischen Teil: H. Jägerhörn; für den juristischen Teil: H. Jägerhörn; für den historischen Teil: H. Jägerhörn; für den geographischen Teil: H. Jägerhörn; für den ethnographischen Teil: H. Jägerhörn; für den zoologischen Teil: H. Jägerhörn; für den botanischen Teil: H. Jägerhörn; für den mineralogischen Teil: H. Jägerhörn; für den geologischen Teil: H. Jägerhörn; für den meteorologischen Teil: H. Jägerhörn; für den astronomischen Teil: H. Jägerhörn; für den physikalischen Teil: H. Jägerhörn; für den chemischen Teil: H. Jägerhörn; für den biologischen Teil: H. Jägerhörn; für den psychologischen Teil: H. Jägerhörn; für den pädagogischen Teil: H. Jägerhörn; für den philosophischen Teil: H. Jägerhörn; für den theologischen Teil: H. Jägerhörn; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den medizinischen Teil: H. Jägerhörn; für den juristischen Teil: H. Jägerhörn; für den historischen Teil: H. Jägerhörn; für den geographischen Teil: H. Jägerhörn; für den ethnographischen Teil: H. Jägerhörn; für den zoologischen Teil: H. Jägerhörn; für den botanischen Teil: H. Jägerhörn; für den mineralogischen Teil: H. Jägerhörn; für den geologischen Teil: H. Jägerhörn; für den meteorologischen Teil: H. Jägerhörn; für den astronomischen Teil: H. Jägerhörn; für den physikalischen Teil: H. Jägerhörn; für den chemischen Teil: H. Jägerhörn; für den biologischen Teil: H. Jägerhörn; für den psychologischen Teil: H. Jägerhörn; für den pädagogischen Teil: H. Jägerhörn; für den philosophischen Teil: H. Jägerhörn; für den theologischen Teil: H. Jägerhörn; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den medizinischen Teil: H. Jägerhörn; für den juristischen Teil: H. Jägerhörn; für den historischen Teil: H. Jägerhörn; für den geographischen Teil: H. Jägerhörn; für den ethnographischen Teil: H. Jägerhörn; für den zoologischen Teil: H. Jägerhörn; für den botanischen Teil: H. Jägerhörn; für den mineralogischen Teil: H. Jägerhörn; für den geologischen Teil: H. Jägerhörn; für den meteorologischen Teil: H. Jägerhörn; für den astronomischen Teil: H. Jägerhörn; für den physikalischen Teil: H. Jägerhörn; für den chemischen Teil: H. Jägerhörn; für den biologischen Teil: H. Jägerhörn; für den psychologischen Teil: H. Jägerhörn; für den pädagogischen Teil: H. Jägerhörn; für den philosophischen Teil: H. Jägerhörn; für den theologischen Teil: H. Jägerhörn; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den medizinischen Teil: H. Jägerhörn; für den juristischen Teil: H. Jägerhörn; für den historischen Teil: H. Jägerhörn; für den geographischen Teil: H. Jägerhörn; für den ethnographischen Teil: H. Jägerhörn; für den zoologischen Teil: H. Jägerhörn; für den botanischen Teil: H. Jägerhörn; für den mineralogischen Teil: H. Jägerhörn; für den geologischen Teil: H. Jägerhörn; für den meteorologischen Teil: H. Jägerhörn; für den astronomischen Teil: H. Jägerhörn; für den physikalischen Teil: H. Jägerhörn; für den chemischen Teil: H. Jägerhörn; für den biologischen Teil: H. Jägerhörn; für den psychologischen Teil: H. Jägerhörn; für den pädagogischen Teil: H. Jägerhörn; für den philosophischen Teil: H. Jägerhörn; für den theologischen Teil: H. Jägerhörn; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den medizinischen Teil: H. Jägerhörn; für den juristischen Teil: H. Jägerhörn; für den historischen Teil: H. Jägerhörn; für den geographischen Teil: H. Jägerhörn; für den ethnographischen Teil: H. Jägerhörn; für den zoologischen Teil: H. Jägerhörn; für den botanischen Teil: H. Jägerhörn; für den mineralogischen Teil: H. Jägerhörn; für den geologischen Teil: H. Jägerhörn; für den meteorologischen Teil: H. Jägerhörn; für den astronomischen Teil: H. Jägerhörn; für den physikalischen Teil: H. Jägerhörn; für den chemischen Teil: H. Jägerhörn; für den biologischen Teil: H. Jägerhörn; für den psychologischen Teil: H. Jägerhörn; für den pädagogischen Teil: H. Jägerhörn; für den philosophischen Teil: H. Jägerhörn; für den theologischen Teil: H. Jägerhörn; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den medizinischen Teil: H. Jägerhörn; für den juristischen Teil: H. Jägerhörn; für den historischen Teil: H. Jägerhörn; für den geographischen Teil: H. Jägerhörn; für den ethnographischen Teil: H. Jägerhörn; für den zoologischen Teil: H. Jägerhörn; für den botanischen Teil: H. Jägerhörn; für den mineralogischen Teil: H. Jägerhörn; für den geologischen Teil: H. Jägerhörn; für den meteorologischen Teil: H. Jägerhörn; für den astronomischen Teil: H. Jägerhörn; für den physikalischen Teil: H. Jägerhörn; für den chemischen Teil: H. Jägerhörn; für den biologischen Teil: H. Jägerhörn; für den psychologischen Teil: H. Jägerhörn; für den pädagogischen Teil: H. Jägerhörn; für den philosophischen Teil: H. Jägerhörn; für den theologischen Teil: H. Jägerhörn; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den medizinischen Teil: H. Jägerhörn; für den juristischen Teil: H. Jägerhörn; für den historischen Teil: H. Jägerhörn; für den geographischen Teil: H. Jägerhörn; für den ethnographischen Teil: H. Jägerhörn; für den zoologischen Teil: H. Jägerhörn; für den botanischen Teil: H. Jägerhörn; für den mineralogischen Teil: H. Jägerhörn; für den geologischen Teil: H. Jägerhörn; für den meteorologischen Teil: H. Jägerhörn; für den astronomischen Teil: H. Jägerhörn; für den physikalischen Teil: H. Jägerhörn; für den chemischen Teil: H. Jägerhörn; für den biologischen Teil: H. Jägerhörn; für den psychologischen Teil: H. Jägerhörn; für den pädagogischen Teil: H. Jägerhörn; für den philosophischen Teil: H. Jägerhörn; für den theologischen Teil: H. Jägerhörn; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den medizinischen Teil: H. Jägerhörn; für den juristischen Teil: H. Jägerhörn; für den historischen Teil: H. Jägerhörn; für den geographischen Teil: H. Jägerhörn; für den ethnographischen Teil: H. Jägerhörn; für den zoologischen Teil: H. Jägerhörn; für den botanischen Teil: H. Jägerhörn; für den mineralogischen Teil: H. Jägerhörn; für den geologischen Teil: H. Jägerhörn; für den meteorologischen Teil: H. Jägerhörn; für den astronomischen Teil: H. Jägerhörn; für den physikalischen Teil: H. Jägerhörn; für den chemischen Teil: H. Jägerhörn; für den biologischen Teil: H. Jägerhörn; für den psychologischen Teil: H. Jägerhörn; für den pädagogischen Teil: H. Jägerhörn; für den philosophischen Teil: H. Jägerhörn; für den theologischen Teil: H. Jägerhörn; für den rechtswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den sozialwissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den wirtschaftswissenschaftlichen Teil: H. Jägerhörn; für den medizinischen Teil: H. Jägerhörn; für den juristischen Teil: H. Jägerhörn; für den historischen Teil: H. Jägerhörn; für den geographischen Teil: H. Jägerhörn; für den ethnographischen Teil: H. Jägerhörn; für den zoologischen Teil: H. Jägerhörn; für den botanischen Teil: H. Jägerhörn; für den mineralogischen Teil: H. Jägerhörn; für den geologischen Teil: H. Jägerhörn; für den meteorologischen Teil: H. Jägerhörn; für den astronomischen Teil: H. Jägerhörn; für den physikalischen Teil: H. Jägerhörn; für den chemischen Teil: H. Jägerhörn; für den biologischen Teil: H. Jägerhörn; für

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Todesfall.** In einem hiesigen Sanatorium starb der kaiserlich russische Ministerresident und Wirkl. Staatsrat a. D. Andreas v. Dubenski im Alter von 53 Jahren. Die Leiche wird nach Moskau übergeführt.

— **Das Jagdschloß Platte,** die ehem. Festung des Herzogs von Nassau, welche die Stadt Wiesbaden mit den umliegenden Wäldern angekauft hat, soll nun als Herrensitz auf eine längere Reihe von Jahren verpachtet werden, wie aus einer in unserem Blatt enthaltenen Bekanntmachung des Magistrats hervorgeht.

— **Ortskrankenkasse Wiesbaden.** Der Magistrat Wiesbaden, Versicherungsamt, schreibt uns: „Unter dem Stichwort Ortskrankenkasse Wiesbaden ist in Ihrem geschätzten Blatt vom 20. I. M. (Abend-Ausgabe) ein Artikel erschienen, der nicht zutreffend ist. Weder ist ein Gutachten vom Versicherungsamt über die Heranziehung eines Stellvertreters für ein erkranktes Vorstandsmitglied abgegeben, noch ist die Wahl des zweiten Vorsitzenden durch das Königl. Oberversicherungsamt für ungültig erklärt worden. Richtig ist, daß die Wahl durch das Versicherungsamt auf eine an dieses gerichtete Beschwerde hin für ungültig erklärt worden ist.“ Die hier berichtete Mitteilung entstammt einer hiesigen Zeitungsberichterstattung.

— **Die Wetterlage.** Wie erwartet, hat sich um die Mitte der vergangenen Woche trockeneres und kühleres Wetter eingestellt. Dienstag und Mittwoch waren die ersten regenfreien Tage des Monats, an denen stellenweise auch wieder Nachtfrost beobachtet wurde. In den letzten Tagen kam es dann abermals zu Niederschlägen, die aber nur in ganz geringen Mengen auftraten. Nach der heutigen Luftdruckverteilung bleibt es voraussichtlich bis Montag noch wolfig und kühl; auch wird die Neigung zu Regenfällen zunächst noch fortbestehen. Später haben wir dann bis gegen Ende der nächsten Woche trockenes, heiteres und tagsüber warmes Wetter zu erwarten.

— **Der Segen der Landeskirche.** Das Königl. Konsistorium in Wiesbaden hat als Vorlage für die Verhandlungen auf den diesjährigen Kreisynoden die Frage gestellt: „Wie läßt sich am wirksamsten der Segen der Landeskirche den Gemeinden zum Bewußtsein bringen?“

— **Gefellenprüfung für Buchdrucker.** An Stelle des von hier verstorbenen Buchdruckereibesetzers Jakob Edel hat die Handwerkskammer zum Meister im Gefellenprüfungsamt Philipp Dembach in Dohheim bestimmt.

— **Automobilreparaturkursus.** Am Freitag endete der von Herrn Ingenieur M. Bösch, Inhaber und Leiter der Reiner Automobil-Reparatur, geleitete Automobilreparaturkursus in der hiesigen Gewerkschule. Den Teilnehmern wurde das Automobil durch Skizzen erklärt und, so weit möglich, praktisch vorgeführt. Am Sonntag fanden eine Besichtigung der Fahrstraße und praktische Übungen der Schüler statt. Mehrere Herren meldeten sich zur weiteren Ausbildung, um den Führerschein für Autos zu erlangen.

— **Schwerer Unfall.** Wie uns aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, stürzte der kommandierende General des 18. Armee-Korps v. Schenck (ein Bruder unseres Herrn Polizeipräsidenten) heute vormittag bei einem Ausritt in der Forsthausstraße daselbst. Das Pferd scheute vor einem Eisenbahnzug. Der General trug ganz erhebliche Verletzungen davon. Er wurde in seine Wohnung gebracht.

— **Einen Selbstmordversuch** machte gestern ein hiesiger älterer Handwerksmeister, der von einem schweren körperlichen Leiden schon lange heimgejagt ist und sich nun einer Operation unterwerfen sollte. In seiner Verzweiflung legte er Hand an sich, indem er sich in der Nähe der Beaufste im Wald mehrere Schußverletzungen beibrachte. Tödlich verletzten ihn die Wunden durch Vermittlung der städtischen Sanitätskassen in ein Krankenhaus.

— **Brand einer Schuhhütte.** Die städtische Schuhhütte hinter der Beaufste am Kinderplatz ist heute mittag vollständig abgebrannt; vermutlich liegt Brandstiftung vor. Die Feuerwehr hatte mit den Löscharbeiten längere Zeit zu tun, so konnten sich ihre Bemühungen nur auf eine Abgrenzung des Brandherdes beschränken.

— **Fahrrad Diebstahl.** Der Eigentümer eines Fahrrads, das angeblich am 7. Mai v. J. in Wiesbaden gestohlen worden sein soll, konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Das Fahrrad hatte keine Markenbezeichnung und trägt nur die Nr. 87678.

— **Stadtbrieffeld.** Verfolgt wird von der Wiesbadener Staatsanwaltschaft die erst 23jährige Dienstmagd Elise Sed wegen fahrlässiger Mordbestimmung. Die Beschuldigte, die am 28. Juni 1893 zu Dautphe (Kreis Bielefeld) geboren ist, hat zuletzt hier Waldstraße 8 gewohnt. — Weiter verfolgt die Staatsanwaltschaft den 43 Jahre alten Reisenden und Elektrotechniker Joseph de Math, der sich hier der Urkundenfälschung und des Betrugs schuldig gemacht haben soll. Jetzt soll er sich vermutlich in Köln aufhalten.

Spielplan der Wiesbadener Theater.

am 22. u. 23. März.	Königl. Schauspiel.	Reichs-Theater.	Aur-Theater.
Samstag	Erstes Einakter-Konzert.	10. Uhr. (Halbe Br.) Wandersaga. 7. Uhr. Der blinde Passagier.	Gastspiel: Franziska (Halbe Br.) Das Bürgerstück. 8. Uhr. Der Doppelgänger.
Montag	Bei aufgeh. Mond. Woyzeck und sein Rausch (Kleine Szene).	Wie geht's nach Legende.	Der Doppelgänger.
Dienstag	Herrn A. Böhmert.	Hochgeborn!	Der Doppelgänger.
Mittwoch	Der Göttergott.	Der blinde Passagier.	Der Doppelgänger.
Donnerstag	Bei aufgeh. Mond. 8. Uhr.	Operetten-Vorstellung.	Der Doppelgänger.
Freitag	Herrn H. Der Woyzeck.	Die spanische Fliege.	Der Doppelgänger.
Samstag	Herrn H. Der Woyzeck.	Brüder! Aus dem Hause.	Der Doppelgänger.
Sonntag	Bei aufgeh. Mond. 8. Uhr.	10. Uhr. (Halbe Br.) Die Scher. 7. Uhr. Der Vögelhändler.	Unbestimmt.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— **we. Dohheim, 21. März.** In der gestrigen Sitzung der Gemeindeverwaltung wurden die Wahlen zur Gemeindevertretung in der ersten und zweiten Wählerabteilung

für gültig erklärt, dagegen wurden diejenigen der dritten Wählerabteilung annulliert auf Grund des § 23 der Landeswahlordnung, wonach zwei Drittel der Gewählten in der Gemeinde mit Grundbesitz angeschlossen sein müssen. Der Wahlvorsatz wurde in Einnahme und Ausgabe zu 214 000 Mark festgelegt. Die Steuerhöhe des Vorjahres bleiben auch im kommenden Jahre bestehen, nämlich 185 Proz. Zuschlag auf der kommunalen Einkommensteuer, 415 Proz. der Grund- und Gebäudesteuer, 275 Proz. der Gewerbesteuer und 150 Proz. der Betriebssteuer. Die organische Verbindung des Regimentsamtes in der evangelischen Kirchengemeinde mit einer Veb-stelle wurde abgelehnt. Ein Vorschlag des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgebung, betreffend die Errichtung einer großen Kaserne an der Waldstraße, wurde unter besonderen Bedingungen genehmigt.

Aus der Umgebung.

Der junge Mädchen verschleppt.

— **w. Frankfurt a. M., 20. März.** Seit einigen Wochen sind aus Duisburg vier junge Mädchen im Alter von 15 bis 17 Jahren spurlos verschwunden. Eins der Mädchen wurde von der hiesigen Kriminalpolizei heute festgenommen. Es sollte in ein öffentliches Haus verbracht werden. Man glaubt, daß auch die anderen drei Mädchen von Mädchenhändlern verschleppt worden sind.

Das Hanauer Hafenprojekt gescheitert.

— **Schr. Hanau, 21. März.** Nachdem man in Hanau die Mainkanalisation und das Mainhafen-Projekt durch alle Fährnisse hindurchgeführt glaubte, bereitet die Nachbargemeinde Groß-Auheim durch die Verschleppung der Angenommenung von Bodenschäden, welche für das Hafengebiet benötigt werden, lästige Schwierigkeiten. Angesichts dieser Verhältnisse und der hohen Forderungen für die benötigten Grundstücke, die eine Rentabilität des Hafens unmöglich machen, kann das Hanauer Mainhafen-Projekt als aufgegeben angesehen werden. Der Finanzausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat sich mit der Frage, was an Stelle des Mainhafens treten soll, eingehend beschäftigt. Voraussichtlich wird man sich für die Errichtung einer Hochwasserfreien Kanalanlage entscheiden.

— **Ht. Homburg v. d. S., 20. März.** Homburgs ältester Einwohner, der Privatmann Johannes Braun, ist im Alter von 92 Jahren gestorben. Als homburgischer Soldat nahm der Verstorbenen am dänischen Feldzug von 1804 teil.

Sport und Spiel.

— **Die Wiesbadener Fußballwettkämpfe** auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße finden am nächsten Sonntag mit zwei weiteren Spielen ihre Fortsetzung. Um 2 Uhr 45 Min. spielt die erste Mannschaft des Fußballklubs „Helmstedt“ gegen die zweite Mannschaft des Sportvereins Wiesbaden unter der Leitung des Schiedsrichters Müller (Wiesbaden). Um 4 Uhr 30 Min. treffen sich dann die ersten Mannschaften des Wiesbadener Sportklubs und des Fußballsportvereins Dohheim. Schiedsrichter ist hier Herr Krons (Wiesbaden).

— **Feldberg - Schneeschild.** Vom Feldberg im Schwarzwald wird uns dröhtlich gemeldet: Infolge der anhaltenden Schneefälle ist die Schneedecke bereits auf 80 Zentimeter (50 Zentimeter alter, 30 Zentimeter neuer) Schnee angewachsen. Es schneit weiter und ein Witterungsumschlag ist bei dem herrschenden Wetter nicht zu erwarten, da Westwind weht. Die Skibahn ist auf allen Hängen gut.

Gerichtssaal.

— **Die Verhandlung gegen Leutnant La Valette.** Reh, 21. März. Vor dem Kriegsgesicht findet heute die Verhandlung gegen den Leutnant La Valette, St. George vom 98. Infanterie-Regiment statt, der am Aschermittwoch das tragische Duell mit dem Leutnant Haage vom gleichen Regiment hatte.

Die Dampferkatastrophe bei Venedig.

Der Bericht eines Augenzeugen.

— **Venedig, 20. März.** Herr Raimund Rizzadini aus Venedig, der sich an Bord des versunkenen Dampfbootes befunden hatte und sich wie durch ein Wunder retten konnte, nachdem er vierzig Minuten gegen das Wasser und die Kälte angekämpft hatte, gibt über die Katastrophe Aufklärungen, die im „Verl. L.“ veröffentlicht werden. Seine Schilderungen erhalten schwere Aufhebungen gegen das Personal des Dampfers. Er erzählt folgendes: An Bord des Dampfbootes befanden sich etwa 60 Passagiere, ich stand in der Nähe der Maschine. Die allgemeine Aufmerksamkeit der Passagiere war auf einen Hydroplan gerichtet, der über dem Lido lag. Aber auch das Schiffspersonal hat, von Neugier ergriffen, seine Blicke für einen Augenblick von dem Schiff und den Passagieren zum Verhängnis werden. Ich habe selbst gesehen, wie der Steuermann die Steuerung verließ und sich mit dem ganzen Körper über den Bord hinausbeugte, um den Flug besser sehen zu können. In diesem Augenblick hörte man schrille Riffe. Es war das Torpedoboot „53 T“ der Kriegsmarine, das mit einer letzten Platte im Schlepptau sich näherte. Das Torpedoboot gab Signale, damit wir ausweichen könnten. Ich erkannte sofort die Gefahr, aber der Steuermann verlor seine Geistesgegenwart. Seine Versuche, den Zusammenstoß zu verhindern, waren erfolglos, denn auch im Maschinenraum war niemand zugegen, der seine Befehle hätte vollziehen können. Der Maschinist und der Heizer hatten ebenfalls ihre Plätze verlassen und waren an Deck gekommen, um dem Flug zuzusehen. Beim Zusammenstoß sprangen der Maschinist und der Heizer ins Wasser und suchten sich durch Schwimmen zu retten. Es folgten schreckliche Augenblicke. Die Passagiere erkannten ihre betrauerte Lage und riefen hellen Schreies. Am Bord des Torpedobootes machte man die größten Anstrengungen, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, aber es war zu spät. Der Bug des Torpedobootes traf unser Boot in die linke Seite und rief es auf. Die Wand des Dampfbootes wurde glatt durchschnitten. Es erfolgte ein furchtbares Krachen und der Dampfer begann rasch zu sinken. Die Passagiere sprangen ins Meer und es spielten sich nun furchtbare Szenen ab. Die ganze Katastrophe hat nur ein paar Sekunden gedauert.

An der Unglücksstelle.

— **we. Venedig, 20. März.** Vor den Krankenhäusern sammelte sich im Laufe des Nachmittags eine große Menge von Leuten, die angstvoll auf Nachrichten von den Verunglückten

warteten. Bisher ist noch keine Leiche wieder aufgefunden worden, obgleich das Wasser in weitem Umkreise um die Unglücksstelle in der Nacht abgeseigt wurde. Taucher arbeiteten den ganzen Vormittag, um Hektare unter dem gesunkenen Dampfer hindurchzugleichen. Hinter den Booten der Kriegsschiffe, welche die Unglücksstelle absperren, drängen sich in Booten zahlreiche Leute, die auf weitere Nachrichten hatten. Es herrscht eindrucksvolles Schweigen; man hört nur den leisen regelmäßigen Gang der Taucherpumpen. Ein Taucher, der lange unter Wasser gewesen ist, steigt herauf. Ausgefragt, erzählt er, daß er durch ein Fenster der hinteren Kajüte mehrere Leichen in ergreifenden Stellungen gesehen habe; die Zahl könne er nicht angeben. Der Steuermann des Dampfbootes ist entflohen, wohin, ist unbekannt. Die Trauer in der Stadt ist allgemein; viele Geschäfte verhängten ihre Schaufenster mit schwarzen Schleieren.

Weitere Einzelheiten.

— **we. Venedig, 21. März.** Über den Hergang bei der Katastrophe wird fortwährend Neues berichtet. Eine große Anzahl der Passagiere des Dampfbootes stürzte sich in voller Kleidung ins Wasser, um den mit dem Tode ringenden Menschen Hilfe zu bringen. Bisher ist es gelungen, 80 Todesopfer zu bergen. Kapitän Amédée Padovan vom untergegangenen „Capareto“ ist ertrunken, Kapitän Paganini vom Torpedoboot 56 ist verhaftet worden. — Das gesunkene Schiff konnte an die Oberfläche des Wassers gehoben werden. Es sind zwei weitere Leichen gefunden worden, doch ist ihre Identität noch nicht festgestellt. Das Schiff liegt sehr schräg und ist voll Schlamm. Es wird versucht, das Schiff in das Arsenalbassin zu schleppen, wo man die letzten Nachforschungen nach Opfern des Unglücks vornehmen wird. — Das Gerücht, daß bei dem Schiffunglück im hiesigen Hafen auch vier deutsche Matrosen von der „Hohensollern“ ertrunken seien, ist unzutreffend. — Bei der Stadthölde laufen von allen Seiten Beileidskundgebungen ein; auch der König hat ein Telegramm geschickt. Der Gemeinderat beschloß, die Trauerfeierlichkeiten auf Rechnung der Stadt zu übernehmen, desgleichen die Kosten für die Beisetzung des bei seinen heldenmütigen Rettungsversuchen ums Leben gekommenen Schiffleutnants Bossi, an der auch die Offiziere der deutschen Schiffe teilgenommen werden.

Die Stille des Längs.

— **liegt auf dem breiten Meeresarm,** der sich zwischen dem Ausgang des Canale Grande und dem Lido, einer langgestreckten Insel, dahinzieht. Das Meer wird an jener Stelle von einer zahllosen Menge kleiner Dampfer, Gondeln, von Fischkuttern, Motorbooten und Fischzügen aller Art durchkreuzt, die den überaus lebhaften Verkehr nach dem Lido, dem fashianablen Seebad, vermitteln. Der in Grund gebohrte „Capareto“ war ein jener vielen kleinen Schiffe, die jeder Venedigreisende kennt. Sie versehen die Funktion der Straßenbahn in Landhäfen und fahren in rascher Aufeinanderfolge den ganzen ständig gewundenen Canal Grande entlang, vom Bahnhof bis hinaus zur Riva degli Schiavoni. Die meisten von ihnen sehen ihre Fahrt bis zum Lido fort. Sie sind für den Fremdenverkehr vortrefflich eingerichtet, und die Reisenden haben vom Deck dieser kleinen Dampfer aus gute Gelegenheit, für billiges Geld die berühmten Plätze zu beiden Seiten des Kanals zu bewundern. Trotz des lebhaften Verkehrs gehören übrigens Unfälle auf dem Kanal zu den allergrößten Seltenheiten, da die Schiffsführer, namentlich die Gondolieri, eine außerordentliche Gewandtheit in der Handhabung ihrer Fährzeuge an den Tag legen.

Neues aus aller Welt.

Unwetter und Hochwasser.

Hochwasser in Holland.

— **Amsterdam, 21. März.** Das Hochwasser des Rheins und der Maas hat auch in Holland ernste Folgen gezeigt. Gestern durchbrachen die Wälder der Maas in der Nähe von Grave die Befestigungen. Truppen aus Rotterdam sind zur Hilfeleistung angekommen.

Schwere Frühlingstürme in Frankreich.

— **Paris, 21. März.** Der heutige Frühlingsschauer hat in Frankreich mit schweren Stürmen eingeleitet. Besonders schwer heimgefallen ist das Flugzeug von Villacoublay. Die aus den letzten Depeschen hervorgeht, hat der Sturm Materialschaden von über 300 000 Franken auf dem Flugplatz angerichtet. Eine große Anzahl Flugzeuge ist zerstört worden. Die Untersuchung des Flugplatzes wurde auf eine Strecke von mehr als 2 Kilometer niedergelegt. Die Aufbaumarbeiten werden mehrere Tage in Anspruch nehmen. Besonders ungünstig lauten die Nachrichten aus den Hafenstädten. Aus West wird gemeldet, daß der Dampfer „Jules Verne“, der auf der Fahrt nach dem Schwarzen Meer begriffen war, sich in äußerst früher Lage 130 Seemeilen von West entfernt befindet. Das Schiff hat infolge des heftigen Seeganges schwere Schäden an der Maschine erlitten. Hilfsdampfer sind zur Unterstützung abgegangen.

Starke Schneefälle in Oberitalien.

— **Mailand, 20. März.** In der Lombardie und in Piemont sind gestern heftige Schneefälle niedergegangen und winterliche Kälte hat ihren Einzug gehalten. Die elektrischen Leitungen sind durch das Unwetter vielfach zerstört. Der Betrieb der elektrischen Bahn Mailand-Varese ist eingestellt.

— **Eine rätselhafte Epidemie.** Innsbruck, 21. März. In dem Orte Boccaccio bei Rovereto ist eine rätselhafte Epidemie ausgebrochen. Zwanzig Personen wurden von der Krankheit ergriffen, die sich darin äußert, daß die Erkrankten schwarze Flecken aufweisen und starkes Fieber haben. Vier junge Leute sind bereits gestorben. Es konnte bisher nur festgestellt werden, daß es sich um eine Vergiftungserscheinung, sondern um eine Infektionskrankheit handelt.

— **Eine deutsche Bark in Srenel.** London, 20. März. Das Rettungsboot von Srenel ist durch Kistenflammen nach dem Feuerhau von Corl gerufen worden, das dröhtlose Sirenfeuer von einem Sisse erhebt. — Die Kistenflammen gingen von der deutschen Bark „Katabor“ aus, die mit Wadenholz beladen, nach Norden bestimmt war. Als Rettungsboot aus Srenel angelangt, waren bereits Rettungsboote aus Managale angelangt. Die Befragung der Bark hatte die Ladung über Bord geworfen.

— **Der Unfall des „Imperator“.** New York, 20. März. Der der Hamburg-Amerika-Linie angehörende Dampfer „Imperator“, der, wie kürzlich berichtet wurde, bei der Abfahrt vier Rettungsboote infolge des Sturmes verlor, hat auch schwere Beschädigungen erlitten. An der Gellionshaute, die sich 20 Meter über der Wasserlinie befindet, sind beide Flügel abgebrochen. Wie die Reisenden berichten, hat sich der Meeresdampfer bei dem schweren Unwetter ganz bemerken lassen.

— **Befestigung einer kaiserschen Wälder.** Erlangen, 20. März. Die Privatierin Wälder, die verdrängt ist, als Verdrängte zahlreicher Wälder in der Wälder im Wälder, belandete von über 100 000 M. für sich verwendet zu haben, wurde hier verhaftet.

— **Große Inzidenz in Tokio.** Tokio, 21. März. Hier ist eine Inzidenz in der Wälder in der Wälder, bisher waren 600 Inzidenzfälle zu verzeichnen.

Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch

unwiderruflich letzte Gratistage.

Jeder, der sich an diesen Tagen, ganz gleich in welcher Preislage, bei uns eine Aufnahme bestellt, erhält

Garantie für Haltbarkeit
der Bilder.

Ganz umsonst

eine Vergrößerung seines eigenen Bildes (einschl. Karton 30×36 cm).

Konfirmanten und schulpflichtige Kinder erhalten die Gratisbeigabe auch später.

Bei mehreren Personen u.
Gruppen, sowie alle sonstig.
Extra-Ausführungen findet
ein kleiner Preisaufschlag
statt.

12 Visites mitt 4 Mark.	12 Visites 1.90
12 Kabinetts mitt 8 Mark.	12 Kabinetts 4.90

Bei mehr. Person. u. Gruppen ein kl. Aufschlag

Samson & Cie. G.m. h. H.

Teleph. 1936. Wiesbaden, Gr. Burgstr. 10. Fahrstuhl.

12 Postkarten 1.90 von	12 Viktoria mitt 5 Mark.
12 Visites 2.50 für Kinder	12 Prinzess 9 Mark.

Bei mehr. Person. u. Gruppen ein kl. Aufschlag

Für Frühjahr- u. Sommerbedarf

empfehle ich meine eingegangenen

Neuheiten:

**Kostüme und Damen-
Kleiderstoffe jeder Art,
Blusenstoffe, Flanelle,
Woll-Musseline,
Waschstoffe: Crépon, Voile,
Frotté usw.**

**Sämtliche Stoffe für
Herren- u. Knabenbekleidung
Bleyle's Knaben-Anzüge,
Sweater u. Sweater-Höchen**
unübertroffenes, sich allerwärts so vorzüglich
bewährtes Fabrikat.

Mein Spezial-Stoffauschnitt bietet reichhaltige geschmackvolle Auswahl
in bekanntlich nur guten und bestklassigen Qualitäten und bildet die
Grundlage für Herstellung haltbarer und gediegener Bekleidungsstücke.

545

J. Stamm, Grosse Burgstrasse 7.

Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Nederland“.

Schöne Vergnügungsfahrten ab
Amsterdam nach England, Portugal und dem Mittelmeer.
Regelmässige Fahrten nach
Ceylon, Britisch- und Niederländisch-Indien.
Durchfahrkarten nach
China, Japan und Australien.
Grosse Ozeandampfer. — Vorzügliche Verpflegung.
Billette, Auskunft und Prospekte durch:
Passage- und Hotel Nassauer Hof,
Reisebureau **Born & Schottenfels**, Teleph. 680 u. 174.
Agentur der Intern. Eisenbahn- u. Schlafwagen-Gesellschaft.

Schlafzimmer, Eichen,

modern, 2. Hand, wie neu,
früher 650 Mk., jetzt 390 Mk.

Stür. Spiegelschrank, 1.80 hoch, mittl.
Für Spiegel, u. Heizungs-Einricht.,
1 Badkommode mit mod. hohem
Marmorauflage, 2 Nachttische, zwei
Stühle, 1 Handtuchhalter, 2 Bettstellen,
2 Patentrahmen, 2 Schoner, 2 Stel.
Matrassen mit Heil sofort zu verl.
Bleichstrasse 36.

Schwarze Kleider,
Schwarze Blusen,
Schwarze Röcke,
Trauer-Hüte,
Trauer-Schleier,
Trauer-Stoffe,
vom einfachsten bis zum aller-
feinsten Genre. K17

S. Blumenthal & Co.,
Kirchgasse 39/41.

Für die zahlreichen Beweise
herzlicher Teilnahme bei dem
plötzlichen Hinscheiden meines
lieben Mannes,

Heinrich Klinge,

lage ich allen Verwandten
und Bekannten für die schönen
Kranzspenden, insbesondere
Herrn Max Meyer, für die
tröstlichen Worte am Grabe
meinen aufrichtigsten Dank.

Die trauernde Gattin:
Elisabeth Klinge,
geb. Pflafer, nebst Kind.
Wiesbaden,
den 21. März 1914.

Viktoriastr. 29, 2,

schöne herrschaftliche 5-Zim.-Wohn-
elektr. Licht u. Gas, Küche, zwei
Keller, 2 Manjarden, groß. Balkon,
per 1. April, evtl. später, billig zu
vermieten. Näheres Bonthaus,
Oppenheimer, Rheinstraße 21.

Gut möbl. Zimmer
mit mögl. sehr. Eingang, darüber-
gehend auf Tage gesucht. Offerten
unter F. 465 an den Tagbl.-Verlag.

Dame würde sich

an der 2. Mittelmeeresfahrt d. Nordb.
Rhein, ab Genoa 12. Mai, beteilig.
wenn sich noch eine Dame zur Teil-
nahme entschließen könnte. Offerten
u. F. 463 an den Tagbl.-Verlag.

Die Frau oder das Fräulein,

welche Ende Oktober 1913 mit einem
Fräulein vom Kaiser-Friedrich-Ring,
in dem Nachmittagszug 3. Kl. nach
Niederhausen gefahren ist und davon
sprach, einen Kinderwagen nach
Frankreich zu schicken, und die am
16. Oktober am Landgericht war, um
dort einer Verhandlung in der Sache
des Herrn Justizrat Heilmann
gegen Frau Döhner beizumohnen,
wird höflich gebeten, ihren werten
Namen anzugeben unter W. 465 an
den Tagbl.-Verlag.

24jähr. gewandte Jungfer, la Jeun-
nisse, perfekt im Schneidern, Plätten,
Frisieren, Nagelpflege,
sucht Stellung
a. 15. April in Wiesbaden od. Nähe.
Frau Caroline Michaelis, gewerbs-
mäßige Stellenvermittlerin, Cam-
burg, Rheinstraße 16. F 58

Silbernes Börschen

mit Inhalt in der Elektr. (5) verloren
v. Kirchgasse bis Mühlheimer Str. 7.
1. St., belohnt gegen Belohn. abzug.

Schw. Rehpinscher

blaues Deckchen, rot. Geschirr, mit
Leine, heute vorm. entlaufen. Gegen
Belohn. abzug. Bahnhofstraße 8, 2.

Todes-Anzeige.

Heute Vormittag verschied nach langem, schwerem, mit
Geduld getragenen Leiden, meine gute Tante,

Fräulein Philippine Otto,

im 62. Lebensjahre.

Jacques Ritter.

Wiesbaden, Florenz, den 19. März 1914.
Rachstraße 39.

Die Beerdigung findet Montag, 23. März, statt von der
Leichenhalle des alten Friedhofes nach dem Nordfriedhof.

Todes-Anzeige.

Freitag abend 8 1/2 Uhr verschied sanft nach langem,
schwerem Leiden meine liebe Frau und gute Mutter, Schwester,
Schwägerin und Tante,

Frau Anna Hofacker,

geb. Reitz.

Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen:
Friedrich Hofacker u. Tochter.

Wiesbaden, den 20. März 1914

Die Beerdigung findet Montag, den 23. März, nachmittags
3 Uhr vom Leichenhaus des Südfriedhofes aus statt.

Grabdenkmäler

Urnensteine — Aschenurnen.

Billigste Preise. — Aufstellung auf allen hiesigen Friedhöfen gratis.

Franz Grünthaler, Wiesbaden

Platter Str. 176. Telephon 2290. Am Nordfriedhof.

Inh.: Nicolaus Grünthaler, akad. Bildhauer. 527

Boffongs Bauernbrot

nur echt zu haben

58 Kirchgasse 58.

Verhand nach jedem Stadtteil.

Gekkartoffel

Früh-Rosa, Kaisertröten, Zwidauer
Weibe, Norddeutsche Andur, Wagn.
bonum, Brandenburger, King Eduard

Kirchner,

Rheingauer Str. 2. Tel. 479.

Union-Briketts

a Brikett 1 Mt.
wegen Ueberfüllung des Lagers,
sowie alle Sorten Kohlen u. Holz bill.
Beder, Bleichstraße 48.

In Fußbodenlack

Kilo früh. 1.90, jetzt 1.50, Glanzöl-
lack No. 1.1, Glanzöl-lack No. 1.5, 1.5
Zungemittel Benta u. Anbruch. Nähr-
salzblumendünger Pfd. 30 Pf., aus-
reichend für 50 Stöcke. 611
C. Ziss. Wagemannstraße 31.

Herzlich empf. Atmungs- Schutzel,

Patent-Turnred, Ringe, Trappe,
alles ohne Beschädig. der Wohnung!
Herzli. Atteffe. Hemmen. Neugasse 51.

Billig! Billig!

Chiels Obst- u. Gem.-Hdlg.

48 Wellstr. 48.
Früh. Spinat Pfd. 18 Pf., 2 Pfd. 35.
Pa. Schwarzwurzel Pfd. 20.
Pr. Kepsel Pfd. 25 Pf., 10 Pfd. 2.30
sowie alle and. Gemüse billig.

Zwiebelsu

Pfund 12 Pf. Schwalbacher Str. 91.